

Wöchentlich 75 Pf. monatlich 2,25 M.
(davon 57 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbefrei-
gungen. Auslandsbekanntmachung 5,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucklohnporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
6. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

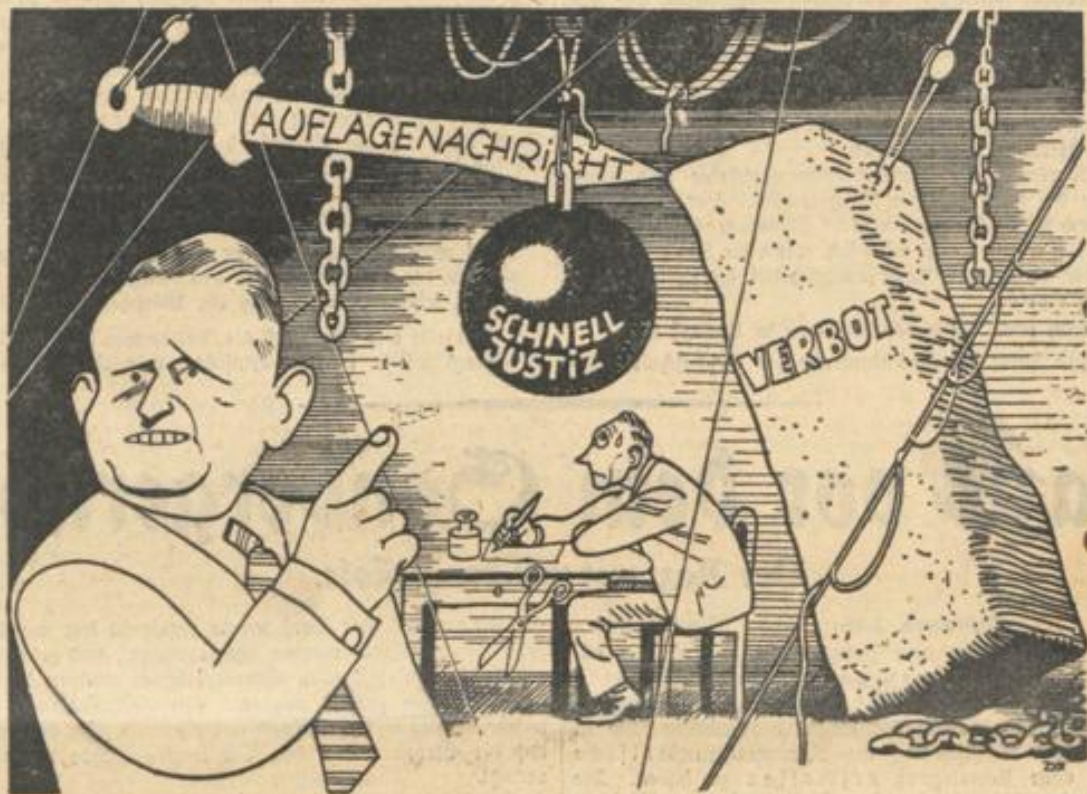


Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37598. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Dide.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Pressfreiheit 1932.



Papen, der Retter.

Das großkapitalistische Programm des Klassen- kampfes von oben.

„Die Regierung trifft diese Maßnahmen, weil sie über-
zeugt ist, daß die Privatwirtschaft noch immer den besten
Weg für eine rationelle Befriedigung der wirtschaftlichen
Bedürfnisse der Menschen darstellt, und daß es deshalb darauf
ankommt, die in ihr schlummernden Kräfte zu wecken.“
(Begründung der Reichsregierung.)

Die neueste Notverordnung der Regierung Papen ist ein
Instrument zur Rettung des kapitalistischen Systems mit
kapitalistischen Mitteln. Das heißt: die Arbeiter
haben die Rettung zu bezahlen. Die Rettung der
Kapitalisten — denn daß die Rettung des Kapitalismus
nicht die Rettung der Arbeiter aus Elend und Krisennot
bedeutet, fühlt die große Mehrheit des Volkes.

Die Regierung Papen singt in der Begründung ihrer
Notverordnung das hohe Lied vom kapitalistischen System
als von der besten aller Welten. „Den besten Weg für eine
rationelle Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der
Menschen“ — so nennt sie stolz den Kapitalismus. Die
Kapitalisten glauben es selbst nicht mehr.

Ein gewaltig aufgeblähter Produktionsapparat, der in
vollem Betrieb ein 100-Millionen-Volk versorgen könnte —
aber Millionen von Arbeitslosen, das Volk im Elend!

Die Halben voll Kohlen, die Scheuern voll Getreide, die
Wiesen voll Kartoffeln — aber ein drohender Winter voll
Kälte und Hunger vor den Arbeitslosen — so sieht „die
rationelle Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der
Menschen“ im Kapitalismus aus!

Wer den Kapitalismus bejaht, bejaht zugleich die Krisen
mit ihren wahnwitzigen Erscheinungen, die das sinnloseste,
unrationellste wirtschaftliche Geschehen darstellen.

Ist es „rationellste Befriedigung der wirtschaftlichen
Bedürfnisse der Menschen“, wenn das Einkommen der
besitzenden Klassen aus Profit gesteigert, das Einkommen des
Arbeiters aber gesenkt wird? Nein, das ist Klassenkampf,
Klassenkampf von oben!

Das aber ist der Inhalt der Notverordnung, mit der die
Regierung Papen die Wirtschaft ankurbeln will. Diese Not-
verordnung enthält für die Kapitalisten:

1½ Milliarden Steuergutscheine, die ab 1. Oktober des
Jahres ausgegeben werden. Sie enthält in diesem Rahmen
eine neue direkte Subvention an den Großgrundbesitz, da für
40 Prozent der Grundsteuer Gutscheine ausgegeben werden.
Obendrein enthält sie ein Geschenk von 50 Millionen Mark
für den Hausbesitz. Dazu 700 Millionen Steuergutscheine für
Unternehmer, die Arbeiter einstellen.

Für die Arbeiter:

Eine Ausföderung des Tarifrechts, die in einer Durch-
führungsverordnung noch erläutert werden wird.

Eine Ermächtigung für die Schlichter, die Tarifsöhne für
„besonders gefährdete Betriebe“ mit sofortiger Wirkung zu
senken.

Ein Lohnminderungsrecht der Unternehmer, das am
15. September 1932 in Kraft tritt, und den Unternehmern die
Möglichkeit gibt, je nach Maßgabe neuer Arbeitereinstellungen
die Löhne bis zu 12½ Proz. unter den jetzigen Stand zu
senken.

Eine Ermächtigung an die Regierung, mit einem Feder-
zuge die einschneidendsten Veränderungen auf dem gesamten
Gebiete der Sozialpolitik vorzunehmen.

Haben wir nicht recht, wenn wir behaupten, daß das
arbeitende Volk die Rettung des Kapitalismus zu bezahlen
habe? Es ist selbstverständlich, daß dies Programm des
Großkapitalismus und des Klassenkampfes von oben den
leidenschaftlichsten Kampfwillen der Arbeiterschaft wecken
wird!

Mehr als dies Programm bietet, konnten die Großkapi-
talisten in ihren kühnsten Träumen nicht erhoffen. Es ent-
hält nahezu alles, aber auch alles, was sie seit vielen Jahren
programmatisch gefordert haben: Steuergeschenke an die Kapi-
talisten, während die Arbeiter Lohnsteuer und Krisensteuer in
voller Höhe weiter zu zahlen haben, neue gewaltige Lohn-
senkungen, Zerschlagung des Tarifrechts, Auslieferung der
Sozialpolitik an die reaktionäre Bürokratie. Was bleibt ihnen
noch zu wünschen übrig?

Das alles, obwohl die antikapitalistische Stimmung im
Volke noch nie so stark war wie heute! Das ist die Folge der
Diktaturanbetung, der Mißachtung der Demokratie und der
Freiheit.

Was die Demokratie in zäher mühseliger Arbeit aufge-

Reichstag am 12. September.

Zentrum und Nationalsozialisten wollen bis dahin fertig sein.

Der Reichstag wird voraussichtlich zum Montag, den
12. September, einberufen, weil Nationalsozialisten
und Zentrum hoffen, bis dahin die inzwischen nach Beendigung
des Katholikentages wieder ausgenommenen Koalitionsver-
handlungen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht zu
haben. Der Empfang des Reichspräsidenten durch den Reichs-
präsidenten dürfte am Freitag erfolgen. Wahrscheinlich wird der
Reichspräsident bereits im Verlauf dieses Empfanges durch den
Reichspräsidenten Göring über Zweck und Ziel der Koalitions-
verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum unterrichtet
werden.

„Vorwärts“-Interpellation zurückgewiesen!

Der nationalsozialistische Reichspräsident Göring hat an
die sozialdemokratische Fraktion wegen der Interpellation über das
„Vorwärts“-Verbot folgendes Schreiben gerichtet:

„Die beiliegende Interpellation bedauere ich, nicht zum Druck
geben zu können, weil die unterstrichene Stelle eine über die
Angabe des Sachverhalts hinausgehende Beurteilung enthält, in
der ich — abgesehen von ihrer Unrichtigkeit — eine Kränkung
der größten Fraktion des Reichstags erblicke. Der Wortlaut
widerspricht mithin dem § 55 Abs. 1 der Geschäftsordnung.“

Die Zurückweisung betrifft die im folgenden Satz der sozial-
demokratischen Interpellation unterstrichenen von uns gesperrt
gedruckten Worte:

„Der „Vorwärts“ hat als Zentralorgan der größten auf
dem Boden der geltenden Reichsverfassung
stehenden Partei nur seine Pflicht erfüllt, indem er die
Reichsregierung vor den angekündigten Verfassungsverletzungen
warnte.“

Sicherem Vernehmen nach sind einige nationalsozialistische Ab-
geordnete in Tränen ausgebrochen, als sie von der ihrer Fraktion
angebotenen Kränkung erfuhr. Die Guten konnten es gar
nicht fassen, daß es Leute gibt, die an ihrer Systemtreue
zweifeln. Sie erblickten in solchem Mißtrauen einen neuen Beweis
für die sittliche Verworfenheit des Marxismus.

Herr Göring selbst aber — Spaß beiseite, obwohl es wirklich
schwer fällt, ernst zu bleiben — erklärt die Annahme, daß die
nationalsozialistische Fraktion nicht auf dem Boden der Weimarer
Verfassung stehe, für unrichtig, ja sogar für trübselig! Es muß
sich also, wenn man dem Reichspräsidenten nicht Unwahrhaftig-
keit vorwerfen will, in der NSDAP ein katastrophaler Ge-
sinnungswechsel vollzogen haben.

Reichsbanner und Partei.

Der Bundesvorstand berichtigt unwahre Behauptungen.

Ein Berliner Montagsblatt hat gestern über angebliche Vor-
gänge im Reichsbanner phantastische Dinge erzählt. Dem Blatt ist
folgende Berichtigung des Bundesvorstandes zugegangen:

1. Unwahr ist, daß die Angehörigen des Gaues Berlin-
Brandenburg für Anfang Oktober eine Gaukonferenz des Reichs-
banners verlangt und durchgeführt haben (in der die Absehung des
bisherigen Gauvorsitzenden Stellung beschlossen werden soll).

Wahr ist vielmehr, daß der Vorstand des Gaues Berlin-
Brandenburg (unter Leitung des Gauvorsitzenden, Kameraden
Stellung) die sachungsgemäß fällige Einberufung der Gaugeneral-
versammlung von sich aus, ohne durch irgendeinen Druck veranlaßt
zu sein, für den 23. Oktober bereits vor drei Wochen veranlaßt hat.

2. Unwahr ist, daß Sonderkonferenzen für West- und Süd-
deutschland vorgesehen waren, die vom Bundesvorsitzenden
Höstermann im Auftrage des Parteivorvorsitzenden Wels
abgesetzt worden sind.

Wahr ist vielmehr, daß solche Konferenzen nicht angelegt
waren, dognit sind auch die an die solche Behauptung geknüpften
Folgerungen hinfällig.

3. Unwahr ist, daß die Zentrale des Reichsbanners vor
einer Zeit nach Berlin übersiedelt war und dann auf
Verlangen von Wels wieder nach Magdeburg heimgekehrt ist.

Wahr ist vielmehr, daß die Zentrale des Reichsbanners nie-
mals nach Berlin übersiedelt war, sondern sich seit der Gründung
des Bundes in Magdeburg befunden hat. Zu Beginn dieses Jahres
ist von der Bundesleitung in Berlin ein Informationsbüro ein-
gerichtet worden, das nach wie vor besteht.

Italien für Gleichberechtigung.

Aber Genf als Verhandlungsort.

Rom, 5. September.

Von zuständiger amtlicher Stelle wird die deutsche Gleichberech-
tigungsforderung für rechtlich unanfechtbar erklärt. Da
demnächst die Abrüstungsverhandlungen wieder beginnen, hält Italien
Genf für den geeigneten Verhandlungsort für diese Forderung.

Italien erkennt also die deutsche Forderung auf Gleich-
berechtigung an. Es will aber, daß in Genf über diese Forde-
rung verhandelt wird, während Deutschland erklärt,
überhaupt nicht mehr über Abrüstung verhandeln zu wollen,
wenn seine Forderung nicht erfüllt wird.

haut hat, um das Recht und die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes zu fördern und zu sichern, das zerschlägt die Diktatur!

Die wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Spekulationen, auf denen diese Notverordnung beruht, sind so vage und unbegründet wie die Rechtskonstruktionen, auf die sich ihr Hauptstück von den Steuergutscheinen stützt. Um so massiver ist der Klassenkampf, der darin zutage tritt. Deshalb ist eine Wirkung dieser Notverordnung gewiß, während alles andere ungewiß ist:

eine gewaltige Zuspitzung der Klassengegensätze und damit der Klassenkämpfe in Deutschland!

§ 193 gilt nicht mehr! Ein Angriff auf linksstehende Verteidiger.

Im nationalsozialistischen Lande Braunschweig hat ein Amtsgericht, und zwar das Amtsgericht in Blankenburg am Harz, ein unglaubliches Urteil gefällt: Der Rechtsanwalt Frank aus Braunschweig, der fünf kommunistische Angeklagte wegen eines Zusammenstoßes mit Polizeibeamten vor dem gleichen Gericht verteidigt hatte, wurde wegen Beleidigung eben dieser Polizeibeamten zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Worin hatte das Verbrechen des Verteidigers bestanden? Er hatte gemäß den Angaben seiner Klienten in seiner Verteidigungsrede behauptet, daß die Polizeibeamten auf die Arbeiter eingeschlagen hätten. Er hatte weiter ausgeführt, daß die als Zeugen vernommenen Polizeibeamten dieses Verhalten freilich nicht zugeben könnten, weil sie sich dann selber einer disziplinar- und strafrechtlich zu ahndenden Handlung bezichtigen würden. Ferner hatte der Verteidiger den Polizeibeamten zur Last gelegt, daß sie gegen die Angeklagten besonders rigoros vorgegangen seien, weil diese Kommunisten waren, gegen Nationalsozialisten würden sie nicht so schroff vorgegangen sein.

In diesen Ausführungen erklärte das Schnellgericht in Blankenburg eine „Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen“ im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuches. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts sind derartige Ausführungen eines Verteidigers, wenn sie nicht durch absichtlich verleihende Form die Absicht der Beleidigung erkennen lassen, durch den § 193 StGB. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) voll gedeckt. Es wäre auch in der Tat phantastisch, wenn es anders wäre. Wie soll ein Verteidiger überhaupt noch seine Klienten verteidigen können, wenn es ihm nicht mehr möglich sein soll, die Wahrheit einer Zeugenaussage zu bezweifeln?

Man kann nur eins feststellen: je größere Fortschritte die politische Reaktion macht, desto leichter werden die elementarsten Grundzüge von Recht und Gerechtigkeit außer Kurs gesetzt.

Lahusenprozeß noch lange nicht! Am Ende gar noch Haftentlassung!

Der Wirtschaftsverbrecher Carl Lahusen, der Hauptschuldige am Krach der Nordwolke, aus dem der Danackrach und die große Bankkrise entstand, ist immer noch nicht abgeurteilt, obwohl seit dem Nordwollkrach mehr als ein Jahr verfloßen ist!

Der Prozeß soll jetzt bis zum nächsten Frühjahr verlagert werden, weil der Zeuge Generalkonsul Strube, der ehemalige Geschäftsinhaber der Danackbank, für mehrere Monate nach China gereist ist. Strube gehörte zu denen, die nichts gesehen hatten.

Die Verteidiger Lahusens bemühen sich jetzt um die Haftentlassung ihres Mandanten. Lahusen wird bekanntlich auch von Hiltner-Anwälten verteidigt.

Prozeß bis nächstes Jahr verlagert, und am Ende gar noch Lahusen durch die Bemühungen der Hiltner-Anwälte entlassen — sieht so die gerichtliche Abhandlung des größten deutschen Wirtschaftsverbrechens aus?

Naziminister stellt sich vor.

Enttäuschung bei thüringischen Regierungsbeamten.

Aus Weimar wird mitgeteilt:

Vor einigen Tagen war in Weimar Regierungswechsel. Die Minister Baum und Rastner verabschiedeten sich von den Beamten und Angestellten ihrer Ressorts. Neue Männer kamen. Drei Vertreter einer sogenannten „Arbeiterpartei“ wurden Minister. Soudel, Wächter und Marschler von der RSDAP. bezogen ihre neue Stellung, nahmen die Ministerstühle ein. Bevor sie an das schwere Geschäft der Regierung gingen, stellten sie sich gleichfalls den Beamten ihrer Ressorts vor, machten ihre Antrittsvisite. Diese ist im Finanz- bzw. Wirtschaftsministerium nicht ganz ohne Reibung vor sich gegangen. Es hat dort einen kleinen Sturm der Entrüstung gegeben, weil der Herr Staatsrat und Bürgermeister und Landtagspräsident a. D. und nunmehrige Minister Marschler nur den „höheren Beamten“, vom Regierungsrat aufwärts, seine Antrittsvisite machte und auf die Bekanntheit auch der „mittleren Beamten“ und Angestellten keinen sonderlichen Wert legte. Das hat in den Reihen dieser Beamten und Angestellten eine Enttäuschung erzeugt. Sie hatten ganz bestimmt gehofft, daß der Vertreter einer „Arbeiterpartei“ auch die Bekanntheit derjenigen nicht verschmähe, deren Väter nicht in der Lage waren, ihren Kindern das Studium zur Laufbahn des „höheren Beamten“ zu ermöglichen. Es sind in den Amtszimmern und Fluren darob harte Worte gewechselt worden.

Wir geben diesen Bericht, der von Zeugen verbürgt ist, wieder und freuen uns, feststellen zu können, daß auch die Beamten schon am ersten Tag bemerkten, daß immerhin ein Unterschied zwischen Arbeitervertretern nationalsozialistischer Couleur und Nazis besteht.

Berschwindet die Staatspartei? Ein letzter Parteitag geplant.

In der Staatspartei wird zur Zeit heftig für und gegen die Auflösung dieses Splitters gerungen. Eine für den 11. September nach Berlin einberufene Sitzung des Gesamtvorstands der Staatspartei soll über diesen Kampf eine vorläufige Entscheidung fällen, die dann wahrscheinlich ein Parteitag zu funktionieren haben wird. Voraussichtlich wird sich die Staatspartei auflösen.

Wofür Japan Geld hat. Das japanische Parlament hat für Armee und Marine 37 Millionen Yen Zusatzkredite bewilligt.

Dennoch Darlehen!

Die Steueranrechnungsscheine und die Reichsschuldenverwaltung.

Gegen die Deklaration der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Steuergutscheine hat die Reichsregierung eine Erklärung veröffentlicht. Zu dieser Erklärung schreibt uns Reichstagsabgeordneter Genosse Kurt Heinig, Mitglied des Schuldenausschusses:

Die Reichsregierung geht von der Fiktion aus, daß es ihr gelungen sei, durch eine geschickte juristische Konstruktion der Steueranrechnungsscheine die Reichsschuldenverwaltung umgehen zu können. Dem steht aber entgegen, daß selbst der Reichskanzler von Papen in seiner Rede in Münster diese Steueranrechnungsscheine

als eine Art Darlehen an das Reich bezeichnet hat.

Im übrigen hat auch die regierungsoffizielle „D.M.Z.“ den Charakter der Steueranrechnungsscheine als Reichsdarlehen eindeutig unterstrichen. Weiter hat eben erst Professor Kern in der „Völkischen Zeitung“ den gleichen Standpunkt vertreten.

Man versucht es so darzustellen, als ob das Reich etwas verschenke und nicht diese 2,2 Milliarden borge. In Wirklichkeit ist es so, daß das Deutsche Reich vom Tage der Ausgabe der Steueranrechnungsscheine der Schuldner der Empfänger jener Scheine ist.

Im übrigen ist auch der ganze Charakter der Steueranrechnungsscheine durchaus den normalen langfristigen fundierten Krediten des Reiches angepaßt.

Zum ersten werden Zinsen gezahlt. Dabei ist ganz gleichgültig, ob das in der Form der Anrechnung oder Zuschreibung geschieht. Zum anderen sind die Steueranrechnungsscheine lombardfähig. Zum dritten sollen die Steueranrechnungsscheine, wie jede andere Anleihe des Reiches an der Börse gehandelt werden.

Im übrigen hat die „D.M.Z.“ schon verlangt, und das ist sicher aus Kenntnis der Regierungsoffizien geschehen, daß das Reich eine besondere Reservemasse aus Staatsmitteln bildet, die dem Zweck zu dienen habe, an der Börse den Kurs der Steueranrechnungsscheine zu beeinflussen.

Sämtliche Merkmale der Steueranrechnungsscheine sind damit die gleichen wie bei jeder anderen Reichsanleihe. Der Kredit des Reiches wird durch die 2,2-Milliarden-Mark-Steueranrechnungsscheine ganz wesentlich beeinträchtigt. Dabei wird sich, wenn die Reichsschuldenverwaltung wider Gesetz und Recht ausgeschaltet bleibt, der merkwürdige Zustand ergeben,

daß das Reich zwei Arten von Anleihen in Umlauf hat.

Die eine Art wird durch die Kreditkontrolle der Reichsschuldenver-

waltung die Reichsanleihen erster Klasse darstellen, und die andere Art wird, weil sie der Kontrolle der Reichsschuldenverwaltung entzogen ist, eine Art Reichsanleihe zweiter Klasse, also Reichsanleihe mit geringerer Sicherheit, sein.

Die Reichsregierung behauptet weiter, daß das Kreditermächtigungsgesetz vom 12. Mai 1932 ihr ohnedies die Möglichkeit gebe, 2,2 Milliarden als Steueranrechnungsscheine in den Verkehr zu bringen. Das ist ein ganz grober Irrtum.

Ein ebenso grober Irrtum ist es, wenn die Reichsregierung meint, daß sie auf dem Wege des Artikels 48 frei über Steuereinnahmen der Jahre 1934 bis 1938 verfügen könne!

Ganz gleich, wie man auch die Frage betrachtet, es bleibt nur die eine feststehende Tatsache, daß die Reichsregierung ganz bewußt die Reichsschuldenverwaltung umgehen will. Der Grund dafür scheint uns ganz klar. Die Reichsschuldenverwaltung hat eben erst dem Kabinett Brüning bewiesen, daß sie den festen Willen hat, den Kredit des Reiches unbeeinträchtigt durch politische oder sonstige Kräfte, zu hüten. Die Konsequenz davon war, daß das Kabinett Brüning das Kreditermächtigungsgesetz vorlegen mußte.

An der grundsätzlichen Auffassung der Reichsschuldenverwaltung gegenüber der Ausweitung des Artikels 48 zum Zwecke der Krediterschöpfung hat sich nach unserem Wissen auch gegenüber dem Kabinett Papen nichts geändert.

Die Reichsschuldenverwaltung kann sich dabei darauf berufen, daß auch der Reichsschuldenausschuß die strittige Frage seinerzeit nur deswegen für erledigt gehalten hat, weil der Reichstag das Kreditermächtigungsgesetz des Kabinetts Brüning angenommen hat.

Im übrigen braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß die Reichsschuldenverwaltung von sich aus der ihr obliegenden Pflicht der Stellungnahme zu den Steueranrechnungsscheinen noch nicht nachgekommen ist. Die Aufgabe der Reichsschuldenverwaltung beginnt nach unserer Auffassung erst jetzt, nachdem die Reichsregierung ihre Notverordnung erlassen hat. Dann wird bis zur Ausgabe der ersten Steueranrechnungsscheine, die für die großen Steuergläubiger wohl am 6. Oktober d. J., für die Masse der Kleinen überhaupt erst im nächsten Jahre erfolgen wird, noch genug Zeit zur Stellungnahme sein.

Dabei wird überdies auch der Schuldenausschuß, der aus Mitgliedern des Reichstages und aus Mitgliedern des Reichsrates besteht, seinerseits auch noch ein Wörtchen mitzureden haben.

Es bleibt also dabei, daß die Deklaration der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in jeder Hinsicht den wahren Tatbestand trifft.

Nazis vor dem Sondergericht.

Der Naziarzt mit der Pistole.

Badenborn, 5. September. (Eigenbericht.)

Am Montag begann vor dem hiesigen Sondergericht der auf mehrere Tage beschlossene Prozeß gegen den Neuhausener Naziarzt Dr. Linden und 13 zum Teil aus der Haft vorgeführte Angeklagte, die ebenfalls der RSDAP. angehören. Linden wird beschuldigt, am Wahlsonntag den Kommunisten Briske vorfälschlich, aber ohne Ueberlegung erschossen zu haben. Die übrigen Angeklagten stehen unter der Anklage der vorfälschlichen Körpermißhandlung.

Die Angeklagten fühlten sich am Wahlsonntag beim Platatleben in Neuhaus angeblich bedroht und wendeten deshalb den jetzigen Angeklagten Dr. Linden, der Hilfe herbeiholen sollte. Auf dem Wege nach dort trafen sie einen Mann, der die Freiheitspfeile der Eisernen Front trug. Er wurde überfallen und über zugerichtet. Zwischen Neuhaus und Sennelager überfielen dann später etwa 12 bis 15 Nationalsozialisten, die in einem Ueberfallwagen herbeigerufen worden waren, eine vier Mann starke Knebelkolonne der SPD. Mehrere hundert Meter weiter stießen die „aufbaumwilligen Kräfte“ auf eine kommunistische Knebelkolonne, die ungefähr 12 bis 14 Mann stark war. Linden ließ den Ueberfallwagen halten und gab auf die fliehenden Kommunisten zwei Schüsse ab. Von dem ersten Schuß wurde der Kommunist Briske tödlich getroffen.

Der als Zeuge vernommene SA-Mann Steffens sagte aus, daß die Ueberfälle planmäßig vor sich gegangen seien. Der SA-Mann Brandt bestätigte diese Aussage, während Linden die Planmäßigkeit bestritt. Er entschuldigt sich damit, daß er vor etwa 8 Jahren ein halbes Jahr lang Morphiumist gewesen sei und auch von dieser Zeit ab von Zeit zu Zeit kleine Dosen Morphium zu sich genommen habe. Seine Verteidiger beantragen deshalb die Ladung eines Gutachters, der über den damaligen Geisteszustand Dr. Lindens gehört werden soll, da feststände, daß Dr. Linden sich an dem fraglichen Abend zwei Morphiumspritzen gegeben habe. Linden gibt zu, geschossen zu haben, aber nur in die Luft. Außer von ihm seien auch von SA-Leuten Schüsse abgegeben worden. Es sei das reinste Maschinengewehrfeuer gewesen.

Milde.

Leichte Gefängnisstrafen für nationalsozialistische Landfriedensbrecher.

Offenburg i. B., 5. September.

Nach fünfjähriger Verhandlung verurteilte die Große Strafkammer beim Landgericht Offenburg-Baden wegen Landfriedensbruchs 11 Nationalsozialisten zu Gefängnisstrafen von drei bis sieben Monaten. Die Untersuchungshaft wurde voll angerechnet. Sämtliche Angeklagten gehören der SA in Steinbach an. Sie drangen am 10. Juli in eine geschlossene Versammlung des Jungzentrums und der Badenwacht in Steinbach ein, wobei es zu einer großen Schlägerei kam, bei der auch geschossen wurde. Das Gericht nahm vollendeten Landfriedensbruch an, billigte den Angeklagten aber mildernde Umstände zu.

Nazis überfallen einen Ernteball.

15 Festteilnehmer schwer verletzt.

Hannover, 5. September. (Eigenbericht.)

In Barendorf bei Büneburg überfielen am Sonntagabend Nazis einen Ernteball. Die Nazis kamen mit einem Lastwagen von außerhalb. Die SA-Leute sprangen vom Wagen, umstellten die Wirtschaft und drangen mit Schulterräumen in der Hand in das Lokal ein. Mit den schweren Karabinerhaken am Ende der Schulterräumen wurden die Festteilnehmer

geschlagen. Der Saal wurde regelrecht leer geprügelt. Fünfzehn Festteilnehmer wurden schwer verletzt, und zwar ausschließlich am Kopf. Bei fast allen Schwerverletzten mußten die Wunden gekammert oder genäht werden. Ein Festteilnehmer, der verfolgt wurde, sprang in seiner Angst aus einem Fenster des zweiten Stocks auf die Straße. Von den SA-Leuten wurde nicht ein einziger verletzt.

Von Hitlers Kameraderie.

Im Geiste von Potempa.

Der „Angriff“ veröffentlicht ein Bild der Mutter des von Hitlers Kameraden diebstahls ermordeten Pietzuch mit folgender Unterschrift:

„Als er tot war, lagte sie wortlos: „Ich bin zufrieden, daß der Hader weg ist. Er war ein Taugenichts und ein Lump!““
Die Verletzung hat keine Grenze.

Der Reichstagsabgeordnete Ingeel heißt im „Angriff“:

„Wenn auf Grund des von den Nazis öffentlich geforderten Betriebsterrors nationalsozialistische Arbeiter ihre Häute gegen sozialdemokratische Gewerkschaftshäuser und Redaktionsstuben erheben, dann ist die Notwehr der durch marxistischen Terror zur Verzweiflung getriebenen Massen.“

Zum Thema Nazi-„Notwehr“: Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat für einzelne Gebiete Sachbearbeiter eingesetzt. Auf die Liste steht: R. S. - Notwehr - Heines.

Rothe noch im Hungerstreik

Verteidiger betreibt Wiederaufnahmeverfahren.

Der Berliner Reichsbannermann Max Rothe, vom Sondergericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, setzt den am Freitag voriger Woche begonnenen Hungerstreik fort! Der Verurteilte verweigert die Ausnahme jeglicher Nahrung, nur hin und wieder nimmt er einen Schluck Wasser zu sich.

Wie wir erfahren, ist die schriftliche Urteilsbegründung und damit die Endausfertigung des Urteils für heute zu erwarten. Der Verteidiger Rothes, Rechtsanwalt Joachim, wird die Nachprüfung des Urteils im Wiederaufnahmeverfahren betreiben, da er von der Schuldlosigkeit seines Mandanten restlos überzeugt ist.

Vom Sondergericht freigesprochen!

Sogar in Ungarn.

Vor dem Schnellgericht in Eszlnok (Ungarn) stand der Mechaniker Samuel Börs, der angeklagt war, zur Zeit der Räteregierung — vor 13 Jahren!! — als Mitglied einer kommunistischen Terrorgruppe einen Landwirt aus Eszlnok in einem Kahn erschossen und in die Theiß geworfen zu haben. Börs wurde freigesprochen mit der Begründung, es könne nicht nachgewiesen werden, daß er den tödlichen Schuß abgegeben habe. In dem Kahn hätten sich mehrere Terroristen befunden, und die Frage habe nicht geklärt werden können, wer den Schuß abgefeuert habe. Börs wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Auflage nach Schema F.

Die Pressepraxis des Reichskommissars Bracht.

Der kommissarische Verwalter Preußens hat am Montag die Uniformierung der Linkspresse zuwege gebracht: Nicht weniger als fünf Abendblätter, darunter der „Abend“, waren gezwungen, an ihrer Spitze in großer Aufmachung über die ganze Breite des Blattes hinweg (so war es vorgeschrieben) die gleichlautende Aufsatzenachricht, einen Auszug aus dem Ohlauer Bluturteil enthaltend, zu bringen.

Schon diese Gleichförmigkeit weist auf den rechtlich höchst bedenklichen Charakter der Zwangsmahnahme hin. Nach der Notverordnung vom 4. Juni muß die Presse auf Verlangen amtliche „Rundgebungen“ und „Entgegnungen“ bringen. Der übereinstimmende Wortlaut der Aufsatzen würde auf eine „Rundgebung“ hindeuten. Jedoch das eigene Geleitschreiben des Reichskommissars spricht ausdrücklich vom Abdruck einer amtlichen „Entgegnung“.

Die Notverordnung vom 14. Juni schreibt nun ausdrücklich vor, daß sich amtliche Entgegnungen „auf die in der periodischen Druckchrift mitgeteilten Tatsachen“ beziehen müssen. Die amtliche Auflage dagegen gibt überhaupt nicht an, welche falschen Tatsachen die betroffenen Blätter mitgeteilt haben sollen, sondern wirft ihnen in Bausch und Bogen „irreführende Mitteilungen über Urheberchaft und Schuld an den blutigen Ausschreitungen in Ohlau“ vor. Was im einzelnen falsch geschildert und falsch dargestellt sein soll, wird nicht gesagt, sondern einfach der Abdruck eines Urteilstextes erzwungen, der von keiner der betroffenen Zeitungen in Abrede gestellt worden ist.

In diesem Verfahren liegt u. E. ein schwerer Mißbrauch der Notverordnung. Sinn und Entstehungsgeschichte der Verordnung weisen darauf hin, daß sie der Regierung die Möglichkeit geben sollte, ganz bestimmte unwahre Behauptungen durch entsprechende Gegenüberstellung der Wahrheit richtigzustellen. Nach dem Sinn der Notverordnung hätte ein Blatt zum Abdruck der Urteilsgründe gezwungen werden können, wofür es eben diese Urteilsgründe falsch dargestellt hätte, wenn es z. B. geschrieben hätte: in den Urteilsgründen von Ohlau stünde, daß die Nationalsozialisten die Angreifer gewesen seien.

Einer solchen Unwahrheit hat sich aber weder der „Vorwärts“, noch uneres Wissens eines der anderen Blätter auch nur im geringsten schuldig gemacht. Der „Vorwärts“ hat vielmehr im Verlaufe des Prozesses, also zu einer Zeit, als das Urteil noch gar nicht erglänzt, die Auffassung seines Berichterstatters über das jeweilige Ergebnis der Beweisaufnahme und der Zeugenaussagen wiedergegeben. Unsere Wertung der Zeugenaussagen war und ist eine andere als die Wertung des Gerichts. Das war ohnehin für jeden Leser klar, der aus dem „Vorwärts“ das Urteil des Gerichts und den bereits von uns gegebenen Begründungsausgang erfuhr. Daß das Gericht anderer Auffassung war als wir, haben wir nicht verschwiegen. Wenn aber Herr Bracht durch seine Presseaufgabe uns oder unsere Leser zwingen will, unsere eigene Auffassung vor der des Gerichtes zu beugen, so ist er hierzu weder berechtigt, noch wird er den Zweck seines Vorgehens auch nur annähernd erreichen. Wir werden die Unabhängigkeit unserer Ueberzeugung gegenüber den Urteilen der Sonderjustiz in jedem Falle wahren. Wenn z. B. die Berliner Sondergerichte in Prozessen gegen Reichsbannerleute die Aussagen nationalsozialistischer Gegner für voll glaubwürdig erklären, wenn sie aber umgekehrt Nationalsozialisten freisprechen, weil die Belastungszeugen politische Gegner gewesen seien, so werden wir — das versichern wir auf das bestimmteste — unsere eigene Wertung der Zeugenaussagen demgegenüber beibehalten.

Wir wissen, daß bei einer Kritik der Justiz heute nicht nur Aufsatzenachrichten, sondern auch Verbote drohen. Auch das wird uns nicht beirren. Gerade die Leute, die wie wild um sich schlagen, wenn man ihre Gerechtigkeit anzweifelt, sind durchaus nicht die Gerechten. Ein Gerechter verträgt Kritik. Nur das Wissen um eigene Mängel schafft jene Reue, die die eigene Gerechtigkeit damit erweisen will, daß sie den Kritiker mundtot macht.

Wie steht es denn in diesem Punkte mit Herrn Bracht selber? Wird die Auflage und Verbotspraxis gleichmäßig gehandhabt? Wir führen folgendes an: Der „Vorwärts“ wurde auf drei Tage verboten, weil er auf die Verfassungswidrigkeit geplanter Regierungsmahnahmen hinwies. In der nationalsozialistischen „Nationalpost“ vom 31. August dagegen kann man folgende Rede Kubes lesen:

Der neue Reichspressechef Major Warts habe angedeutet, Herr Dr. Bracht werde jede Regierung, die sich aus der preussischen Volksvertretung heraus bilden werde, ebenso beseitigen lassen, wie er die Regierung Braun-Severing beseitigt habe. Ein solches Spiel mit dem Feuer sei, so führte Kubes aus, nicht nur ein Verfassungsbruch, sondern glatte Weg ein Staatsverbrechen.

Die Ueberempfindlichkeit der Regierung gegen den Vorwurf des Verfassungsbruchs scheint sich danach auf die Linke zu beschränken. Nationalsozialisten dürfen nicht nur von Verfassungsbruch, sie dürfen sogar von geplantem Staatsverbrechen unangefochten reden und schreiben. „Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht das Gleiche.“ In diesen Satz wird man immer wieder erinnert, wenn man die Verbots- und Auflagepraxis der Regierung gegen links und rechts verfolgt.

Neue Zeitungsverbote.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die in Frankfurt a. M. erscheinende „Arbeiterzeitung“, Organ der kommunistischen Partei Deutschlands“ mit sofortiger Wirkung bis einschließl. 18. d. M. verboten. Das Verbot erging wegen eines Artikels „Papens Bekenntnis zum Faschismus“ und einem weiteren Artikel „Neuer Silberstreifen — neuer Schwindel“.

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien hat die in Oppeln in polnischer Sprache erscheinende Tageszeitung „Kobina Codzienna“ für die Zeit vom 6. bis einschließl. 8. September verboten, weil die Zeitung in ihrer Ausgabe Nr. 199 vom 30. August die Beuthener Polizei böswillig verächtlich gemacht hat.

Ein Nationalsozialist schwer verletzt. Im Anschluß an eine nationalsozialistische Rundgebung kam es am Sonntagabend in der Osterstadt von Chemnitz zu einer Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in deren Verlauf ein Nationalsozialist durch einen Messerstich in die Herzgegend schwer verletzt wurde. Der Täter konnte noch nicht verhaftet werden.

Sozialistisches Regierungsprogramm.

Staunings Wahlrede.

Kopenhagen, 5. September. (Eigenbericht.)

Zur Landstingswahl am morgigen Dienstag sprach heute — nachdem die Rechtsopposition ihre Wahlreden gehalten hatte — Ministerpräsident Stauning für die Sozialdemokratie im Rundfunk. Er führte aus: Nun gilt es, die Rechtsmehrheit im Oberhaus zu beseitigen. Dieses vor acht Jahren gewählte Oberhaus ist durch seine konservative Mehrheit das größte Hindernis der Arbeit der Linksregierung gewesen; es hat jeden sozialen Regierungsplan abgelehnt. Die Regierung konnte nur unter größten Schwierigkeiten für das Volk arbeiten. Die Linksregierung will dem Wohl des ganzen Volkes dienen und nicht nur weniger Großgrundbesitzer!

Nach Kennzeichnung der struppeligen Wahlwerbung der Konservativen legte Stauning sein Wirtschaftsprogramm dar; während die Konservativen die Renten der Armen und Vermögenden kürzen wollen, sieht Stauning seine größte Aufgabe darin, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit aller Energie zu führen.

Im Kampf gegen die Krise ist vor allem nötig, alle Rechte der Werttätigen zu schützen und die Arbeiterschaft vor Angriffen des Unternehmertums zu bewahren.

Die Linksregierung hat der notleidenden Landwirtschaft große Krisenhilfe erwiesen; sie wird auch weiterhin mit ihrer ganzen Kraft die Landwirtschaft in ihrem schweren Kampf unterstützen. Man hilft nicht der Landwirtschaft, wenn man, wie die Konservativen wollen, nur einigen Großgrundbesitzern unter die Arme greift. Dem Kleinbauern und dem von der Krise am härtesten betroffenen Arbeiter gilt zuerst die Hilfe des Staates. Arbeitsbeschaffung ist das Ziel der Regierung für den kommenden Winter. Die Konservativen wollen hohe Zölle, aber Zölle sind kein Mittel, um die Arbeitslosigkeit abzuwehren.

In anderen Ländern hat man versucht, durch Zollbarrieren der Krise beizukommen, aber nur das Gegenteil erreicht.

Solche Experimente wollen wir nicht machen. Zum Schluß sagte Stauning, daß sich Anzeichen der Besserung in Dänemark bemerkbar machen. Wer für das Volk das Beste wolle, könne seine Stimme nur der Partei geben, die wirklich nationale Politik im wahren Sinne dieses Wortes treibt und die Interessen des werttätigen Volkes vertritt. Jede Stimme deshalb der völkerverbindenden Sozialdemokratie!

Kollektivierung der Sowjetbauern.

Der Staat gegen Auflösungstendenzen.

Moskau, 5. September. (Sowjet-Ag.)

Ein Regierungsbefehl über die Erhaltung des ständigen Bodenbesitzes der Kollektivgüter besagt, daß die Kollektivgüter 80 bis 90 Proz. des gesamten Staatsbodens erfassen, wodurch für immer ein verstreuter und verteilter Bodenbesitz beseitigt und die Möglichkeit gegeben ist, von jetzt an auf Grund der steigenden Mechanisierung der Kollektivlandereien eine stabile Kulturwirtschaft zu pflegen. Der Befehl verfügt die Wahrung des gesamten bearbeiteten Bodens jedes Kollektivgutes. Zugleich betont der Befehl die Wahrung der Sicherheit des Bodeneigentums des Arbeiter- und Bauernstaates. Eine Veränderung der Grenzen der Kollektivgüter durch Zusammenlegung und Trennung ist nur zulässig bei Einverständnis von nicht weniger als drei Viertel der Mitglieder der zusammenzusetzenden oder zu trennenden Kollektivgüter und nach Bestätigung durch die entsprechende staatliche Bodenkommission. Im Falle des Austritts von Bauern aus einem Kollektivgut erfolgt die Zuteilung neuen Bodens nur aus freiem Staatsbodenbesitz, keinesfalls auf Kosten eines bestehenden Kollektivguts.

Die ungenügenden Ablieferungen der Kollektiven haben bereits im Mai zur Wiederaufhebung des freien Handels geführt, der aber neuerdings durch die notwendigen scharfe Bekämpfung von Spekulation und Schleicherei — auch bereits staatlich erfasste Waren sind in den freien Handel verschoben worden! — wieder eine starke Einschränkung erfahren zu haben scheint. Der obenstehende Befehl läßt darauf schließen, daß sich Auflösungsmerkmale in Kollektiven zeigen. (Red. d. „D.“)

Frankreich und die Sowjetnaphtha.

Moskau, 5. September. (Sowjet-Ag.)

Der Vorsitzende der französischen Parlamentskommission für den Bergbau Ch. Baron (Soz.) ist hier eingetroffen, um sich mit der Kohle-Industrie und dem Aufbau der Sowjetunion vertraut zu machen. Baron wird außer Moskau Leningrad, Baku, Grosny, die Häfen am Schwarzen Meer, Dneproprostroi usw. besuchen. Er wurde vom Vorsitzenden des Rappha-Exportverbandes empfangen.

KPD. macht Generalstreik.

Was Thälmann über den 20. Juli enthüllt.

In der kommunistischen Zeitschrift „Die Internationale“ treibt Thälmann bolschewistische Selbstkritik. Warum war die kommunistische Generalstreikparade am 20. Juli ein völliger Verfolger?, so fragt er. In der Antwort heißt es:

„Es gibt ferner eine Reihe von besonderen, einmaligen, aus der Situation erwachsenen Mängeln in unserer Streitmobilisierung am 20. Juli. So die Tatsache, daß unsere Parteileitungen vielfach in den wichtigsten ersten Stunden mit der Sicherung der Partei und den dafür notwendigen technisch-organisatorischen Maßnahmen so stark beschäftigt waren, daß der volle Einsatz aller Kräfte auf die Kampfmobilisierung der Arbeiterschaft darunter litt. Das beeinträchtigte auch die Entfaltung der Masseninitiative.“

Regierungskonflikt in Danzig.

Angst der Nazis vor ihrer eigenen Tolerierungspolitik.

Danzig, 5. September. (Eigenbericht.)

In Danzig ist ein erster Regierungskonflikt ausgebrochen, der die bis herige, fast zwei Jahre bestehende Regierungskoalition, die sich aus Deutschnationalen, bürgerlichen Mittelparkeien und Zentrum zusammensetzte und ihre parlamentarische Mehrheit durch die Unterführung der Nationalsozialisten fand, gesprengt hat.

Die Nationalsozialisten, die auf Grund ihrer Schlüsselstellung bis jetzt den weitaus stärksten Einfluß in der Regierung ausübten und zahlreiche Drangsalierungsmahnahmen gegen die Sozialdemokratie, so u. a. ein zweimonatiges Verbot der „Danziger Volksstimme“ und das Verbot des Arbeiterdichtungsbundes durchsetzten, haben am Montag der Regierung ihre Mitarbeit gekündigt. Sie wollen einen Antrag auf Auflösung des Landesparlamentes einbringen und Neuwahlen herbeiführen.

Als Vorwand für diese Mahnahmen benutzen sie eine von ihnen selbst zunächst gutgeheißene Notverordnung, die den breiten Massen weitgehende Befreiungen ausbürdet. Der wahre Grund für den übereilten Entschluß ist aber in einer in der NSDAP. weit verbreiteten Mißstimmung gegen die von der Nazi-Bürgerblock-Regierung getroffenen unsozialen Verordnungen zur Ausbalancierung des Staatshaushalts und gegen die von der Regierung eingeleitete Verständigungspolitik mit Polen zu erblicken. In der Hoffnung, das Vertrauen ihrer empörten Mitglieder wiederzugewinnen, haben die Regierungsführer sich zu dem Versuch, Neuwahlen herbeizuführen, drängen lassen.

Ueber den weiteren Verlauf der Dinge läßt sich noch nichts Endgültiges sagen. Jedenfalls bedürfen die Nazis, deren Fraktion im Landesparlament 13 Mann stark ist, der Unterstützung von zwei

Günstige Urteile prominenter Ausländer.

Der jetzt Südrussland und Kaukasien bereisende deutsche Botschafter v. Dirksen sagte in Tiflis einem Berichterstatter der „Nwestija“ u. a., der Wirtschaftsaufbau des Kaukasus habe den größten Eindruck auf ihn gemacht. Ueberall im Land werden die Produktionskräfte entwickelt. Dirksen bezeichnete den Fünfjahresplan als die Grundlage der Befestigung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Er habe sich persönlich von der Entschloßtheit neuer Industriewerte überzeugen können, die von einem großen Fortschritt in der Sowjetunion zeugten. Nach der Darstellung des Korrespondenten erklärte Dirksen sodann, daß alles Gerede über die Unmöglichkeit des Fünfjahresplans der Vergangenheit angehöre. Die Erfüllung des Fünfjahresplans gebe den Produktionskräften des Landes die stärkste Entfaltung, und die großen Erfolge der Sowjetregierung auf dem Gebiet der Industrialisierung des Landes seien unbestreitbar.

Auf dem internationalen Geologenkongreß in Leningrad führte der stellvertretende Botschafter für die Schwerindustrie, Koffler, aus, daß in diesem Jahre bereits 200 Millionen Rubel für geologische Forschungen bewilligt und eine riesige Armee von Geologen zu diesen Arbeiten herangezogen worden seien. Bei einem Austausch ihrer Eindrücke von der Konferenz erklärte der österreichische Professor Göttinger: Wir ausländischen Gelehrten überzeugen uns davon, welche grandiose und wichtige Arbeit in den letzten Jahren die Sowjetgeologen geleistet haben. Ihre Verdienste um die Wissenschaft sind um so höher einzuschätzen, als ihre Forschungen fast vollständig die riesigen Gebiete Europas und Asiens erforschten. Der norwegische Professor Hoeg erklärte, die Aktivität des wissenschaftlichen Denkens in der Sowjetunion habe großen Eindruck auf ihn gemacht.

Abgeordneten einer anderen Partei, um ihren Auflösungsantrag einbringen zu können. Die Rechtskoalition bleibt allerdings nach der Ablage der Nazis im Parlament ohne Mehrheit. Ob eine andere Mehrheitsbildung möglich ist, ist bisher nicht abzusehen.

Rasche Klärung in Mexiko.

Ein neuer Staatspräsident.

New York, 5. September. (Eigenbericht.)

In Mexiko wurde General Abelardo Nogriges vom Bundeskongreß einstimmig an Stelle des zurückgetretenen Ortiz Rubio zum Staatspräsidenten gewählt und darauf in sein Amt eingeführt. Die politische Lage ist durch diese Wahl geklärt. Die Wahl von Nogriges, der Vertrauensmann des Expräsidenten Calles ist und als amerikafreundlich gilt, ist in Washington mit Befriedigung aufgenommen worden.

Schießerei auf dem Gesundbrunnen.

Zwischen Hakenkreuzern und Kommunisten / 60 Festnahmen

In der Bullmannstraße auf dem Gesundbrunnen spielte sich kurz vor Mitternacht eine schwere Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ab. Im Verlaufe des Handgemenges wurden von beiden Seiten eine Reihe von Schüssen abgefeuert. Ob die nächtliche Straßenschlacht Opfer gefordert hat, steht zur Stunde noch nicht fest.

55 Nationalsozialisten, von denen der größte Teil an der Schlägerei beteiligt war, wurden aus ihrem Verkehrsstok heraus von Beamten des Ueberfallkommandos festgenommen; gleichfalls wurden vier Kommunisten zwangsgewalt. Bei einem Hakenkreuzler wurde eine geladene Pistole gefunden.

Stahlhelmfrühstück beim Kanzler. Der Reichskanzler empfing in Anwesenheit des Reichswehrministers die Bundesführer und andere Mitglieder des Stahlhelm. An dem Empfang schloß sich ein Frühstück an.

Nazis und Katholikentag. Auf dem Katholikentag hat es einen Zwischenfall mit den deutschnationalen Katholiken gegeben. Außerdem hatten die Nazis schriftlich gefordert, daß ein Nazi über das Thema „Nationalsozialismus und Katholizismus“ sprechen solle. Die Forderung ist abgelehnt worden.

Eine Versteigerung von 12 Kanonen, 17 Mörsern und 7 Minenmetern veranstaltet die französische Militärverwaltung in Vincennes bei Paris. Die letzte beratige Versteigerung war vor dem Krieg. Damals hatte ein Auktionshändler für 30 Tonnen Stahl und Bronze — 20 Fronten geboten. Der „Matin“ hofft, daß der Versteigerungspreis diesmal doch etwas höher sein wird.

Unbedingte Sozialreaktion.

Der längst fallengelassene Referentenentwurf.

Der Sozialdemokratische Pressedienst hat am vergangenen Freitag den Entwurf einer Verordnung veröffentlicht, die die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung mit einem Federstrich der Willkür der „überparteilichen“ Reichsregierung auslieferen. Zu dieser Veröffentlichung gab die Reichsregierung am Sonnabend bekannt, daß es sich nur um einen „Referentenentwurf“ handelt, und daß dieser Entwurf „längst fallen gelassen“ worden sei.

Nunmehr liegt die neueste Rotverordnung vor, die im zweiten Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ enthält. Bis auf die Präambel, die in einigen Punkten abgeändert worden ist,

deckt sich der Wortlaut der Rotverordnung wortwörtlich mit dem angelegten Referentenentwurf, der nach der Reichsregierung am Sonnabend „längst fallen gelassen“ worden wäre.

Und nun zur Rotverordnung selbst, soweit sie die „Sozialpolitischen Maßnahmen“ betrifft. Da ist zunächst zu bemerken, daß die Rotverordnung in keinem Punkte Klarheit über die Absichten der Reichsregierung schafft.

Klar ist nur, daß sich die Reichsregierung selbst die Ermächtigung gibt, die gesamte sozialpolitische Gesetzgebung von Grund auf umzukrempeln.

Die Bestimmungen über die Kranken-, Unfall-, Arbeitslosigkeits-, Alters- und Invaliditätsversicherung, die Arbeitslosenhilfe, Krankenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge, die Vorschriften über den äußeren Aufbau und die innere Verfassung, das Verfahren und den Geschäftsgang der Versorgungsbehörden sollen abgeändert werden. Wie und wie weit, das bleibt alles der Willkür der Reichsregierung überlassen. Aber nicht nur die Sozialversicherung und die Sozialfürsorge in ihrer Gesamtheit wird durch die Rotverordnung in Frage gestellt. Die Reichsregierung will — wie es die Unternehmerverbände schon immer gefordert haben —

„ganze Arbeit“ machen.

Auch die Vorschriften über die Arbeitsverfassung, den Arbeitsvertrag, die Arbeitsgerichtsbarkeit, den Tarifvertrag, das Schlichtungswesen und den Arbeiterschutzwesen will die Reichsregierung „ändern und einheitlich zusammenfassen“. Damit aber nicht genug, sollen auch die Vorschriften über die Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, die Arbeitsfürsorge und den Arbeits-

dienst geändert werden. Aus dem „Referentenentwurf“ ist nur ein Punkt nicht in die Rotverordnung übernommen worden: nämlich der, der die Vorschriften über das Mietrecht und das Wohnungswesen betraf und wo es wörtlich hieß, daß die Regierung Vorschriften erlassen, „und auf dem Gebiete des Bauwesens Grundzüge für die Bereitstellung und Verwendung des Bodens aufstellen und zu diesem Zweck Vorschriften über Enteignung treffen“ könne. Von einer eventuellen Enteignung und einer Bereitstellung des Bodens ist also in der Rotverordnung keine Rede mehr. Nur in diesem Punkte ist der „Referentenentwurf“ längst fallen gelassen.

Solange wir die Ausführungsbestimmungen zu dieser Rotverordnung nicht kennen, ist es natürlich nicht möglich, die Tragweite dieser Änderungen zu beurteilen. Nach den programmatischen Erklärungen des Reichsfinanzlers und den Ausführungen, die gestern vor den Vertretern der Presse gemacht wurden, muß man aber schließen,

daß die Eingriffe in die Gesetzgebung, die die Reichsregierung beabsichtigt, so ungeheuerlicher Natur sind, daß mit ihnen das gesamte sozialpolitische Werk der Republik entwertet und teilweise in sein Gegenteil umgewandelt wird.

Tariflöhne sollen aus Mindestlöhnen zu Höchstlöhnen verwandelt werden. Die Unterschreitung der Tariflöhne soll prämiert werden, so daß damit die Ueberschreitung der Tariflöhne gewissermaßen unter Strafe gestellt wird.

Nach dem furchtbaren Leistungsabbau in der Sozialversicherung fragt man sich, was es da noch abzubauen geben kann. Aber offenbar ist man in der Reichsregierung der Auffassung, daß der Staat immer noch zu sehr die Gestalt einer „Wohlfahrtsanstalt“ hat. Ebenso scheint man sich mit der Absicht zu tragen, mit den kümmerlichen Resten der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung völlig aufzuräumen. Gewiß gibt es Reformen in der Sozialversicherung, die längst fällig sind. Die Zerspaltung im Krankenkassenwesen, wo nicht lebensfähige Zweigkassenklassen zum Schaden der Versicherten aufrechterhalten werden, müßte längst beseitigt werden. Wir bezweifeln aber, daß die Reichsregierung gerade diese notwendige Reform im Auge hat. Nach den Erklärungen der Mitglieder der Reichsregierung, die von diesen notwendigen Verwaltungsreformen kein Wort erhielten, muß man vielmehr annehmen, daß die Regierung den Willen zur unbedingten Sozialreaktion in die Tat umsetzen will.

Lohnraub und Subventionen.

Goldene Zeiten für Unternehmer. — Wie sich die Regierung verrechnet hat.

Die Rotverordnung mit ihren Riesengeschenken für die Unternehmer und dem Diktat von Hungerlöhnen ist ergangen. Den Arbeitern ist gnädigst zugesichert, daß sie das „Existenzminimum“ — wenn man nur wüßte, wie dieses errechnet wird! — auf alle Fälle verdienen werden. Die Unternehmer werden gebeten, höflichst ihre privatwirtschaftliche Initiative zu entfalten — und wenn sie es nicht tun, so werden ihre Kassen doch gefüllt!

Mit den in ihrer Auswirkung sehr zweifelhaften Maßnahmen sollen angeblich zwei Ziele erreicht werden, um die die Arbeiterchaft seit Jahren kämpft: einmal die Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten und zweitens die allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche. Um nun den Unternehmern die 40-Stunden-Woche schmackhaft zu machen, erhalten sie folgende Vorteile: Für jeden neu eingestellten Arbeiter erhalten sie vierteljährlich 100 M. in Steuergutscheinen (die verkäuflich und beleihbar sind), und zwar ein Jahr lang. Ferner brauchen sie ihren gesamten Arbeitern nur die ersten 30 Wochenstunden voll zu bezahlen; für die 30. bis 40. Wochenstunde zahlen sie aber geringere Löhne, und zwar beispielsweise um 40 Proz. ermäßigte Stundenlöhne, wenn die Arbeiterzahl um 20 Proz. vermehrt ist. Die folgenden Wochenstunden (also die 41. bis 48.) sind wieder voll zu bezahlen — und das gerade soll ein „Druck“ auf die Unternehmer sein, in Zukunft nicht länger als 40 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen. Die Regierung erwartet bestimmt, daß durch die Neueinstellungen die Gesamtlohnsumme der Arbeiterchaft erhöht wird.

Rechnen wir einmal nach. Nehmen wir zunächst den (für die Regierungsrechnung günstigen) Fall, daß in einem Betrieb schon bisher die 40-Stunden-Woche galt und daß der Unternehmer sich durch die Prämie und die Lohnherabsetzung zu Neueinstellungen bestimmen läßt. Wenn in diesem Betrieb bisher 100 Arbeiter 40 Stunden in der Woche zu (beispielsweise) einer Mark Stundenlohn arbeiteten, so wurden 4000 Arbeitsstunden geleistet und 4000 Mark Gesamtlohn bezahlt. Stellt der Unternehmer 20 Leute neu ein, so werden jetzt insgesamt 4800 Arbeitsstunden in der Woche geleistet. Davon zahlt aber der Unternehmer nur für 3600 Stunden (je 30 Stunden von 120 Arbeitern) vollen Tariflohn, das sind

3600 M. Für die restlichen 1200 Stunden zahlt er 40 Proz. je Stunde weniger, also 60 Pf. pro Stunde, insgesamt 720 M. Die Gesamtlohnsumme stellt sich somit auf 4320 M. (gegen vorher 4000 M.). Aber er erhält vom Reich für die 20 Arbeiter im Vierteljahr 2000 M. an Prämien, das sind je Woche 154 M. Der Unternehmer zahlt also selbst für 800 mehr geleistete Wochenstunden (die vorher mit 800 M. zu bezahlen waren) nur 166 M., ein Geschäft, das als „recht reizvoll“ erscheinen muß.

Wie aber, wenn ein Betrieb bisher 48 Stunden in der Woche arbeitete? Und bekanntlich sind diese Fälle gar nicht so selten, weil die Unternehmer sich stets gegen die 40-Stunden-Woche sträubten, weil sie so um so mehr auf die Stundenlöhne zu drücken hofften, wie z. B. im Braugewerbe (im Bankgewerbe werden noch heute vielfach Ueberstunden gemacht!). In einem solchen Betrieb leisteten nach unserem Beispiel bisher 100 Arbeiter in der Woche 4800 Arbeitsstunden bei einem Gesamtlohn von 4800 Mark. Dieser Unternehmer möchte auch in den Genuss der Vergünstigungen kommen, hat aber nur ein Arbeitsquantum von 4800 Stunden zu vergeben. Er verkürzt also die Arbeitszeit auf 40 Stunden und kann jetzt 20 Arbeiter neu einstellen. Jetzt erhält er zunächst die gleiche Prämie wie oben, pro Woche 154 Mark. An Löhnen zu zahlen hat er wie im ersten Beispiel 3600 Stunden voll und 1200 Stunden „billiger“, insgesamt 4320 Mark. Bei vermehrter Arbeiterzahl hat sich jetzt also die Gesamtlohnsumme von 4800 auf 4320 Mark ermäßigt. Rechnet man die Prämie noch dazu, so hat der Unternehmer jetzt für dasselbe Arbeitsquantum nur noch 4166 Mark (statt 4800 Mark) zu zahlen. Dieser Gewinn fällt ihm in den Schoß, weil er jetzt gnädigst die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ermäßigt hat. So ist es in allen Betrieben, die bisher unsozial genug waren, an der 48-Stunden-Woche festzuhalten. Der einzelne Arbeiter aber, der bisher 48 Stunden arbeitete, muß sich einen plötzlichen Lohnabbau um 25 Prozent gefallen lassen. Die Gesamtlohnsumme, die gesamte Kaufkraft der Arbeiterchaft, wird gesenkt. Der Lohn des einzelnen Arbeiters wird gesenkt. Dem Unternehmer wird Geld geschenkt. Das ist die grundsätzlich neue, überparteiliche Staatsführung.

Arbeitsgerichte berichten.

Zunahme der Streiffälle trotz abnehmender Beschäftigung.

Der zweite Vierteljahrsbericht des Statistischen Reichsamtes gibt eine Uebersicht über die Tätigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden für das Jahr 1931. Danach bestanden im Vorjahr noch 452 Arbeitsgerichte und 60 Landesarbeitsgerichte; 4 Landes- und 10 Arbeitsgerichte sind während der Berichtszeit aufgehoben worden. Trotz des erheblichen Rückganges der Beschäftigungsziffern in Deutschland ist die Zahl der Streitigkeiten aus dem Arbeitsleben im wesentlichen stabil geblieben: im Jahre 1931 wurden 441 000 Sachen anhängig gemacht gegen 438 000 im Jahre 1930, also eine Zunahme um 0,6 Proz. Innerhalb dieser Gesamtziffer erfuhren jedoch die Streitigkeiten der Angestellten eine bedeutende Zunahme, nämlich um 12,2 Proz. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich hier um bei Entlassungen aufgetretene Differenzen.

Die stärkste Beschäftigung wiesen die Arbeitsgerichte in den Großstädten auf. Berlin, Hamburg, Köln, Breslau, Leipzig, Dresden, München, Frankfurt, Düsseldorf, Dortmund, Königsberg, Hannover, Chemnitz und Essen hatten allein rund 40 Proz. aller Streitigkeiten zu erledigen. Am meisten in Anspruch genommen war wieder

das Arbeitsgericht Berlin.

hier hat sich die Zahl der Streitfälle um 2 Proz. von 71 977 auf 73 388 erhöht. Der verhältnismäßig größte Teil der

Streitigkeiten konnte allerdings auch im Jahre 1931 wiederum durch Erledigung ohne Entscheidung aus der Welt geschafft werden. Etwa 22 Proz. aller Fälle endeten von vornherein durch Vergleich im Güterverfahren, etwa 12 Proz. konnten dann durch Vergleiche vor den Spruchkammern erledigt werden, nicht weniger als 93 000 Antragsteller oder 24 Proz. zogen ihre Klagen zurück und 42 000 Sachen endeten durch Verjährenisurteil, da die eine oder andere Partei gar nicht mehr zum Termin erschien. Nur 19 Prozent aller Streitfälle brauchten durch ein Endurteil entschieden zu werden. Außerordentlich hart umkämpft waren

die Betriebsvertretungen

der Arbeiter und Angestellten. Die Zahl der Fälle, bei denen es sich um die Erlegung der Zustimmung von Betriebsvertretungen zur Kündigung ihrer Mitglieder handelte, hat sich gegenüber dem

Achtung! Eisenbahner!

Am Donnerstag, dem 8. September 1932, 19 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25 eine

Versammlung

aller im Einheitsverband organisierten Parteigenossen statt. Ein Referent vom Bezirksvorstand wird über die neueste Notverordnung und deren Auswirkungen referieren. Wir bitten, recht rege Propaganda für diese Versammlung zu entfalten. Partei- und Mitgliedsbuch legitimieren.

Der Werbeausschuß der SPD. — Eisenbahner.

Vorjahr verdoppelt. Hier wurden auch 44 Proz. aller Fälle erst durch Sachbeschluss beendet.

Die Verlangsamung in der Durchführung der Urteilsverfahren hat sich gegenüber dem Jahre 1930, wenn auch in geringem Maße, fortgesetzt. Wo überhaupt ein Urteil nötig war, konnte dieses bei etwa einem Fünftel der Streitfälle in weniger als zwei Wochen erlegt werden, ein Drittel aller Sachen lief einen Monat, ein zweites Drittel bis zu drei Monaten bis zur Urteilsverkündung, und nur der geringfügige Rest dauerte länger als ein Vierteljahr. Dagegen sind die geldlichen Forderungen der Kläger im Berichtsjahr etwas höher geworden. Während 1930 noch rund 54 Proz. aller Antragsteller bis zu 100 M. forderten, waren dies 1931 nur noch 51 Proz. aller Antragsteller.

Um den Tarifvertrag.

Reichsarbeitsminister und Maßschneider sprachen

Im Lohnkonflikt der Maßschneider liegt jetzt die Entscheidung beim Reichsarbeitsminister. Die Nachverhandlungen am Montag zu dem Schiedsspruch zur Neuregelung der Löhne der Maßschneider sind, wie zu erwarten war, ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer hatten kaum Lust zu verhandeln, geschweige denn entgegenzukommen. Die Gewerkschaften haben, obwohl sie von dem Inhalt des Spruchs durchaus unbeeinträchtigt sind, Antrag auf Verbindlichkeitsklärung gestellt.

Der Entscheidung des Reichsarbeitsministers über den von den Maßschneidern gestellten Antrag auf Verbindlichkeitsklärung der neuen Lohnregelung kommt große grundsätzliche Bedeutung zu. Hoffentlich fällt seine Entscheidung noch vor der Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften über die Sicherheitsmaßnahmen, die angeblich gegen einen Mißbrauch der Tarifauflöserung getroffen werden sollen. Wird den Maßschneidern der elementarste Tarifschutz verweigert — wozu dann noch Sicherheitsmaßnahmen gegen einen Mißbrauch der Lockerung der Tarife?

Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn.

Einigkeit im Einheitsverband.

Der Beamtenauschuß und der Hauptträteauschuß des Einheitsverbandes der Eisenbahner beschäftigten sich am Montag in einer gemeinsamen wichtigen Tagung mit der personalpolitischen Lage bei der Reichsbahn. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Vorbereitung der Neuwahl der Beamtenräte, die am 9. und 10. Oktober stattfindet. Bei dieser Neuwahl treten rund 300 000 Wähler an. Zu den Beamtenräten wählen nicht nur die Beamten und Anwärter, sondern auch die Angestellten und die im Beamtendienst tätigen Lohnempfänger.

Die Arbeiterchaft der Reichsbahn wird mehr und mehr vom Zugang zur Beamtenstellung ausgeschlossen. Die Reichsbahnangehörigen bemühen die Situation, um das Beamtenverhältnis der unteren und mittleren Gruppen immer stärker einzuschränken. So werden in neuerer Zeit ganze Tätigkeitsgebiete der Beamten zu Nichtbeamtendienst erklärt. Es ist ein ernster Augenblick, in dem die gemeinsame Tagung des Beamtenauschusses und Hauptträteauschusses des Einheitsverbandes an die Reichsbahnbeamten und Anwärter die Mahnung zu größter Einigkeit und Geschlossenheit richtet. Die Zerspaltung in rund 60 Verbändchen und Vereine (!) sei das Unglück des Reichsbahnbeamten und Anwärter und mache sie zum Spielball der Verwaltungswillkür und der Reaktion. Bei der Neuwahl der Beamtenräte komme es darauf an, die Gefahr der parteipolitischen Zerlegung der Beamtensvertretungen durch nationalsozialistische Zellen abzuwehren. Diese Zerlegung sei in jüngster Zeit von den sogenannten „neutralen“ Verbänden, deren sich die Nazi-Agitation bediene, gefördert worden.

Der Einheitsverband fordert dazu auf, für arbeitsfähige Beamtenräte zu sorgen. Die Gewähr dafür ist gegeben, wenn die Reichsbahnbeamten und Anwärter die Listen der freigewerkschaftlichen Einheitsorganisation unterstützen und dadurch dem Einheitsverband wirksamen Einfluß in den Beamtenräten sichern.

Der englische Baumwollkampf.

Eingreifen der Regierung.

London, 5. September.

Der Arbeitsminister beschloß, die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Baumwollindustrie Lancashire zu Besprechungen mit Vertretern der Regierung schriftlich einzuladen. Sofort nach Empfang der Antwort auf dieses Schreiben wird sich ein Vertreter des Ministeriums nach Manchester begeben.

Solidaritätserklärung der Gewerkschaften.

New Castle, 5. September.

In einer vom hier versammelten Generalrat der Gewerkschaften angenommenen Entschliessung zum Lancashire-Streit wird die Haltung der Arbeitgeber einer scharfen Kritik unterzogen — die Resolution spricht von „leichtfertiger Politik“ —, die Streikenden selbst können der vollen Sympathie des Gewerkschaftskongresses gewiß sein, der alles tun will, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen und ihnen jede moralische und finanzielle Hilfe zu gewähren. Der Präsident des Kongresses teilte mit, daß sich der Generalrat mit einem Betrag von 1000 Pfund Sterling an die Spitze der öffentlich aufgelegten Sammellisten stelle.

Gesam. Mittw. 19. Ubr. Fractionsversammlung im Hause des Gewerkschaftsverbandes, Johannisstraße. „Arbeitsende oder nicht“, Referent Bruno Reumann.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Gesangsbrüder: Jugendheim Schönheidestr. 1. Vortrag: „Reiseindrücke aus Frankreich“, Referent Dr. Weinst. — Mädchen: Jugendheim Guterstr. 44. Wir besuchen die Besessenen des Berchtesgauer. — Arbeiter: Jugendheim Lehrer Str. 18-19. Diskussionsabend: „Die Arbeit, unter der Lupe“. — Damen: Wir besuchen die Besessenen des Berchtesgauer. — Heule ab 20 Uhr Sprechstunde in der Turnhalle Parauer Str. 20. Spiel im Freien: Ab 20 Uhr in Alpend. „Eich“-Sportplatz, Ad. Kohnstr. 10; ab 18 Uhr Sportplatz Rehberg.

Der „Bewährte“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Soll und Seil“. Anzeigenpreise: Die einspalt. Zeilenlänge 20 Pf., Anzeigensätze 2.— M., „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 20 Pf. (zuletzt zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeilenlänge 20 Pf. Familienanzeigen Zeilenlänge 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, wochentlich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geheimer Anzeigen vor! Verantwortlich für Inhalt: Victor Schiff, Vertriebs: G. Klingelhöfer, Gewerkschaftsbewegung: J. Seiner, Feuilleton: Herbert Reppe; Photos: und Sonstiges: Feig Karst; Anzeigen: Otto Brandt; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, hierzu 2 Beilagen.

Volkstfest im Strandbad.

Der Wannsee-Betrieb einst und jetzt. — Ein lustiger Jubiläumsfestzug.

In diesem Jahre feiert das Strandbad Wannsee — unter dem neuen Berlin zum schönsten Volksfreibad Europas geworden — sein 25jähriges Bestehen. Sonntag hatte „Berlins Seebad“ besonderen Schmuck erhalten. Überall grühten die schwarz-rotgoldenen Fahnen und die Flaggen der Reichshauptstadt. Tausende von Jährlingen flatterten lustig im Wind. Ein von dem rührigen Leiter des Strandbades, Direktor Claus, außerordentlich wirkungsvoll zusammengestellter endloser Festzug, Kinderbelustigungen, Wettkämpfe im Wasser und eine festliche Abendbeleuchtung vereinten die Massen der Besucher zu einem verbindenden Volksfest, wie wir es in Berlin nur selten erleben.

Die „Bäderzüge“ nach dem Wannsee konnten die Reisenden kaum unterbringen, die alle beim Jubiläums-Strandfest dabei sein wollten. 25 Jahre Strandbad Wannsee, ein Vierteljahrhundert un-

Aus dem Jubiläumsfestzug im Strandbad.



Die „gute, alte“ Zeit: Familie Jänseklein zieht 1907 ins „Freibad“.

beschwerter Sommerfreude für all die vielen Tausende und aber Tausende, für die es zum Wochenende und auch zum Urlaub nicht weiter reicht. Des Hauses lebende Chronik marschierte am Sonntag in einem überaus launig zusammengestellten Jubiläums-Festzug vor den zahlreich erschienenen Gästen vorbei. Des Zuges Spitze flankierte ein überdimensional gewachsener Schupo, der als äußerst liebenswürdiger und sympatischer Hüter des Befehles mit freundlicher Miene seine Mannen führte. Dann kam das Thema des Strandes: die

Geschichte des Badeanzuges.

heute aktueller denn je; da marschierten unsere weiblichen Ahnen in Laketten, rüschen- und volanibefehlten, langweiltgezierten Badeanzügen mit den nachtmühenähnlichen Bodeläppchen, dann die männlichen quergestreiften Zebras und hinter ihnen der Büttel, der irgendwie, irgendwo und irgendwarum „Anstöß“ genommen hatte. Das war um 1900 — alles scheint einmal wiederzukommen. Schließlich kamen die Badegäste von Anno dazumal, die bloß dem Spaziergang am seuchten Gestade huldigten und sich zu diesem Zweck besonders „fein“ gemacht hatten. Die Frauen in Seidenfähdchen mit Mantille, Pompadour, langen Handschuhen und Kapottbüchden, die Männer im Braienrock, heller Hose, wenn möglich im Zylinder. Schmucke Soldaten, forsche Studentlein, der Junge mit der Botanisiertrommel vervollständigten das historische Gemälde. Und dann gings in die neuere und neueste Zeit über mit all ihren schwer, aber zäh erkämpften Errungenschaften. Da zeigte sich die vernünftige Strahlen- und vor allem Bodelbeileidung — wer weiß, wie lange noch? — denn schon trarbte vornweg das Modell 1933, ein schwarzer, mephistoähnlicher Badeanzug, oben bis an den Hals, unten bis zum Knöchel reichend, bloß die

langen Handschuhe fehlten noch, aber was nicht ist, kann ja noch werden! Dann wurde gezeigt, was zu einem modern ausgestalteten Badebetrieb so alles notwendig ist, von dessen Vorhandensein sich die meisten überhaupt keinen Begriff machen können; ein Heer von ausgebildeten Schwimm- und Bademeistern, die hauptsächlich im Rettungsdienst unbedingt ihren Mann stellen, die Feuerwehr, die Samariter, die Wannseepost-Beamten, die Beamten der Kinder-Fundstelle, die Garderobefrauen, die Männer, die den Strand säubern, die Verkäufer, die Hunger und Durst nach lauren Gurken, Bananen, kalter Milch, Regertüssen und Zigaretten zu stillen haben, und endlich die Angestellten des großen Wirtschaftsbetriebes.

Geführt von zwei „Stadtvätern“ trottete der Berliner Bär gemütlich dahin und Vater Reptun wurde auf einem prächtigen Thron getragen. Dann kam die Sport- und Kolonistenjugend, frohgemut und braungebrannt. Einige hatten sich sogar zu lachenden Regerlein gefärbt. Der Sport war noch durch eine Gymnastikschule vertreten, die Kunst durch die Hauskapelle von Wannsee, zusammengestellt aus der Schwimm- und Bademeisterschaft des Hauses, durch die Juwenalboothauskapelle und das Natistandsorchester Berlin-Mitte. Das den ganzen Nachmittag im freundlichen Restaurant konzertierte, in dem Vater seine Weiße trank und Mutter ihren Appeltuchen mit Sahne verzehrte — sofern das Kleingeld das zuließ. Im Wasser gab es Wett- und Kleiderschwimmen der Rettungsmannschaft zu sehen, Wasserballspiele, Schwimmvorfürungen und gymnastische Darbietungen. Jeder Besucher erhielt ein Freilos, das ihm die Anwartschaft auf eine Winterreise, einen nahrhaften Eßkorb, Badezeug und noch vieles andere gewährte. Für die Kinder gab es Ballons, Mähen und Tut-Trompeten in Massen, am Abend erstrahlte Festbeleuchtung auf dem Strand und am Wasser, Fackeltanz und Ritenreigen der Badeengel schufen eine Szenerie à la Sommernachtsstraum. Sogar der Wettergott hatte ein Einsehen, es klappte also alles und Vater Claus konnte sich der Popularität und Beliebtheit „seines“ Strandbades unbedingt erfreuen.

Im Zeichen der Sonnenblume.

Im sonnigen Garten des städtischen Erziehungshelmes in Zehlendorf herrscht Festesfreude; da flattert eine zierliche Einladung auf den Tisch, mit dem sommerlichen Symbol einer selbstgemalten Sonnenblume geschmückt, und darin steht, was Schulkinder und Jugendliche alles zeigen wollen: schöne, selbstgefertigte Kleider und leckere Kuchen, Bastelarbeiten und ein großes Festprogramm. Keine Sprache spricht deutlicher, als die des freudigen Herzens, keine Erziehungsmethode offenkundig sich schöner, als die des gemeinsamen und zielbewussten Schaffens junger Menschenkinder unter der Anleitung und dem Schutz einer von menschlichem Verständnis erfüllten Lehrerschaft. Was die 60 Schulkinder da an Geschicklichkeit ihrer kleinen Hände, Ertüchtigung ihrer Körper und fröhlichem Darstellungstalent zeigen, was die Rüststube an schönen Arbeiten und der Kochkursus an schmackhaften Dingen bot, das alles gab einen überaus lebendigen Auschnitt aus der wertvollen erzieherischen Arbeit dieses Hauses. Der Mensch ist gut! könnte das Motto solch einer Veranstaltung lauten, bei der man den unbedingten Eindruck gewinnt, daß Verständnis, menschliche Güte

und zielbewusste Arbeit das Größte zu liefern imstande sind: Menschenkinder, die irgendwie und irgendwann feilschen Schiffbruch erlitten, wieder zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen. Boll Stolz zeigten die jungen Nähkünstlerinnen ihre selbstverfertigte Garderobe; bei ihnen gefellte sich ja zur Freude am Schaffen auch noch das Hauptmoment des Besitzes. Von den vielerprechenden Kochergebnissen aber hätte sich so mancher gerne „eine Scheibe abgeschnitten“. Großen Erfolg hatten die wirklich hübschen Bastelarbeiten, die rasch Absatz fanden und so die Materialkasse wieder ein wenig befehten. Eine Hundertschaft froher Menschenkinder, festlich und körperlich gewappnet fürs Leben, ein schöner Erfolg des Heims.

Graufige Tagesbilanz.

Fünf Selbstmorde in Berlin an einem Nachmittage.

In den gestrigen frühen Nachmittagsstunden, in der Zeit von 14 bis 15.30 Uhr wurden nicht weniger als 5 Selbstmorde entdekt. Eine graufige Bilanz!

In der Wschaffenburger Straße war die 36 Jahre alte Nadia R. als Hausangestellte beschäftigt. Kurz nach Tisch begab sich das Mädchen auf den Boden des Hauses, von wo es sich aus einer Luke auf den gepflasterten Hof hinabstürzte. Die Unglückliche wurde auf der Stelle getötet. Zwei Lebensmüde fanden ihr Ende durch Gas. In der Werderstraße vergiftete sich die 70jährige Witwe Berta Sch. und auf dieselbe Weise schied die 67 Jahre alte Schneiderin Amalie W. aus dem Leben. In beiden Fällen konnten die Samariter der alarmierten Feuerwehr keine Hilfe mehr bringen. Im Jagden 74 des Tegeler Forstes wurde gegen 14 Uhr der 50jährige Karl D. aus der Maximilianstraße in Pantow an einem Baum erhängt aufgefunden. Der Tod muß schon viele Stunden vor der Entdeckung der Verzweigungstat eingetreten sein. Den gleichen Tod suchte der 63 Jahre alte Arbeiter August S. Spaziergänger bei der Leiche des Mannes im Frohnauer Walde, unweit der Dranienburger Chaussee, an einem Baume hängen. S. scheint die Tat wahrscheinlich schon am Sonntag ausgeführt zu haben.

In allen Fällen ist das Motiv zur Tat, wie die Polizei sagt, „unbekannt“. Arbeitslosigkeit und die furchtbare Not dürften aber die Verzweifeln zu diesem letzten Schritt getrieben haben.

Zehn Arbeiter verschüttet.

Unter einer einstürzenden Mauer begraben. — Drei Tote.

Malland, 5. September.

Ein schweres Unglück, bei dem zehn Arbeiter verschüttet wurden, ereignete sich hier bei einem Neubau. Bei dem Ausbau des Fundaments stürzte eine bereits aufgeführte starke Hauptmauer ein und begrub die zehn Unglücklichen unter dem Schutt. Die Feuerwehr konnte erst nach stundenlangen, äußerst vorsichtigen Rettungsarbeiten die Verschütteten bergen. Drei starben bald danach an den schweren Verletzungen, während die übrigen schwer verwundet im Krankenhaus liegen.

Noch ein Schmalstich-Konzert im Zoo. Heute nachmittags, 16 Uhr, findet im Zoo noch ein Konzert des Berliner Konzertvereins unter Leitung von Clemens Schmalstich statt. Als Solistin bringt Frau Johanna Frisch-Pollack (Sopran) zwei Arien aus der Oper „Lohengrin“ zu Gehör.

Chef der Politischen Polizei entfernt.

Regierungsdirektor Goerke muß gehen. — Das ist der neue Kurs.

Aus dem Berliner Polizeipräsidium wird bekannt, daß Regierungsdirektor Goerke, der bisherige verdienstvolle Leiter der Politischen Polizei, von seinem Urlaub, auf dem er sich zur Zeit befindet, nicht mehr auf seinen bisherigen Posten zurückkehren wird. Er soll mit der Leitung der Abteilung II, zu der in erster Linie das Einwohnermeldeamt gehört, betraut werden.

Regierungsdirektor Goerke ist aus der mittleren Beamtenkarriere hervorgegangen. Er war niemals Sozialdemokrat, wurde vielmehr längere Zeit von der Sozialdemokratie festlich betrachtet, da er als ein weltanschaulich ziemlich weit rechtsstehender Mann galt. Auch ihm politisch nicht Rahstehende mußten jedoch Goerke zugestehen, daß er stets ein aufrechter und gerader Beamter guten Schickses war. Ganz allmählich und durchaus nicht geleitet von

eigenständigen Gesichtspunkten näherte sich Goerke dem demokratisch-republikanischen Bürgertum. Wer Goerkes Arbeit kannte, wußte, daß dieser Mann nur Pflichterfüllung kannte und stets bemüht war, strengste Objektivität in allen Fällen zu wahren. Der Beschluß der neuen Herren, ihn von seinem Posten zu entfernen, bedeutet deshalb eine besonders schwere Kränkung für den verdienstvollen Mann. Vielleicht trägt jedoch dieser Beschluß mit dazu bei, daß auch er nun seine Verletzung als eine Erleichterung empfindet. Eine Notwendigkeit, Goerke seines Postens zu entheben, bestand auch für die neuen Machthaber nicht. Es sei denn, daß man unter der neuen Amtsführung ein Abweichen von der bisher streng innegehaltenen objektiven Linie für notwendig hält. Die Frage, ob mit diesen Maßnahmen gegen alte, verdiente Beamte das Vertrauen des Beamtenums zur neuen Führung gestärkt wird, mögen sich die neuen Herren selbst beantworten.



Die Erste zwingt zur Zweiten und führt zur Kette!

Das spricht für die hohe Qualität unserer

JUNO

und darf auch als Beweis für ihre Bekömmlichkeit gelten.

Gerade weil Juno auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickerien verzichtet, vermag diese gute Josetti-Marke alle wichtigen Forderungen der Raucher zu erfüllen:

Erlesene Tabake
Beste Mischung — Volles Format



KON LINON

Die Sehnsucht nach der Stadt.

Ein kleiner Ausreißer in Berlin angehalten.

Ein jähes Ende fand der Freiheitsraum eines 12 Jahre alten Jungen Adolf R. aus Altenburg in Thüringen, der in Berlin aufgegriffen wurde, wo er durch sein zielloses Umherirren aufgefallen war.

Es war in den frühen Abendstunden, als Passanten in der Prenzlauer Allee im Norden Berlins einen Jungen sahen, der in der dortigen Gegend völlig ziellos umherwanderte und schon recht verhungert aussah. Man beobachtete ihn eine Weile und übergab ihn dann einem Polizeibeamten, der mit ihm zum nächsten Revier ging. Hier behauptete der Knabe, bei einem Onkel in Berlin zu wohnen, der Rechtsanwalt sei. Er erklärte ferner, daß er bloß mal aus Neugierde nach dem Norden Berlins hinausgelaufen sei, um sich dort die Straßen anzusehen. Der kleine Schwindel des Jungen klärte sich aber — sehr zu seinem Aerger — schnell auf. Es wurde festgestellt, daß Adolf R. seit dem 15. August aus Altenburg in Thüringen geflohen wurde, von wo aus er seinen Eltern ausgerückt war. Bei seinem Weggang hatte er nur eine Manchesterhose und ein Hemd an und ging barfuß. Er gelangte zunächst zu Fuß bis nach Pirna, wurde von dort nach Leipzig mitgenommen und fuhr dann mit einem Ueberlandtransport von Leipzig mit nach Berlin. Hier hatte er es inzwischen schon zu einem Paar Schuhe gebracht. Als man dem Jungen auf dem Polizeirevier ein kühnliches Essen verabreichte, hieß er kräftig ein. Er wird nun nach Altenburg zurückgebracht werden.

Fahrraddiebstahl blüht.

Täglich werden in Berlin 100 Fahrräder gestohlen.

Die Fahrraddiebstähle haben sich in Berlin derart gehäuft, daß eine schon ganz niedrig angelegte Schätzung ergibt, daß täglich etwa 100 Fahrräder gestohlen werden. Bei Diebstählen dieser Art ist insbesondere der Westen Berlins sowie die Vororte Steglitz, Tempelhof bevorzugt.

Die Diebe nehmen ihre Räder gewöhnlich nicht mit in die Wohnungen, sondern stellen sie im Keller unter. Die meisten von ihnen benutzen das Fahrrad als Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte. Der Verlust der Maschine trifft sie daher recht erheblich. Gestern ist es vorgekommen, daß innerhalb von vier Stunden 6 Fahrraddiebstähle gemeldet wurden. Die Diebstähle geschehen meistens in den frühen Morgenstunden. Kürzlich wurde festgestellt, daß mit in Berlin gestohlenen Fahrrädern in der Provinz ein umfangreicher Handel getrieben wird.

Charlottenburger Schießerei nicht geklärt.

3000 Mark Belohnung.

In den späten Abendstunden des 29. August kam es vor einem Nazischützenklub in der Köntgenstr. 10 in Charlottenburg zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Hatenträgern und Kommunisten. Bei dem Handgemenge wurden etwa 20 Schüsse abgefeuert. Die Nationalsozialisten behaupteten, daß nur die Kommunisten geschossen hätten. Ein Kugelschlag an dem Standort der Kommunisten lieferte aber den gegenteiligen Beweis.

Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der Zwischenfall, bei dem ein Nationalsozialist getötet und zwei weitere leicht verletzt wurden, offenbar von den Kommunisten herbeigeführt worden ist. Der Polizeipräsident hat jetzt die ausgesetzte Belohnung zur Aufklärung des politischen Mordes von 1000 auf 3000 Mark erhöht.

Es ist verwunderlich, daß die Polizei plötzlich eine so hohe Belohnung aussetzt, nachdem von einem halbamtlichen Telegraphenbüro bereits zum Wochenende mitgeteilt wurde, daß über 20 Kommunisten festgenommen seien, unter denen sich die mutmaßlichen Schützen und der Anführer zu der Schießerei befänden. An diese Nachricht war noch der Satz geknüpft, daß damit eine baldige völlige Aufklärung des Falles zu gewärtigen sei.

Frauenmord in Perleberg: 1000 M. Belohnung.

An der Aufklärung des Verbrechens in Perleberg, das an der 73 Jahre alten Witwe Stehloff in der Nacht zum vergangenen Sonntag verübt wurde, wird von der Perleberger und der Berliner Kriminalpolizei fleißig gearbeitet. Um die Mordkommission in ihrer Arbeit zu unterstützen, hat der Regierungspräsident von Potsdam eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Personen, die irgendwelche Angaben im Interesse der Aufklärung des Mordes machen können, werden unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung gebeten, sich im Polizeipräsidium zu melden.

Beschwörender Ruf der Kriegsoffer.

„Kriege grauenhaft und zwecklos!“ — Schlußtag der Kriegsoffertagung.

Der VIII. Kongreß der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer (C.I.M.A.C.), der seit Donnerstag im Niederösterreichischen Landtag in Wien stattfand, wurde am Sonnabend nachmittag beendet. Nach Schluß des Kongresses besuchten die Teilnehmer den österreichischen Heldenfriedhof auf dem Zentralfriedhof. Nach einer Ansprache des Stadtrats Prof. Tandler wurden Kränze mit den in den Nationalfarben gehaltenen Schleifen der einzelnen Delegationen niedergelegt.

Als erste Aufgabe der Schlußsitzung wurde die Wahl des Vorstandes erledigt. Zum Präsidenten der C.I.M.A.C. wurde Bundesrat Brandeis (Österreich), zum Vizepräsidenten Rorel (Frankreich), Karloszka (Polen) und der Bundesvorsitzende des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten Pfänder (Deutschland) einstimmig gewählt.

Die Vorkommnisse der im Verlaufe der Eröffnungssitzung eingeleiteten Kommissionen erstatteten sodann ihre Berichte über die Ergebnisse der Ausschüßberatungen. Die zur Prüfung der Versorgung der Kriegsoffer eingesetzte Kommission hatte sich mit der Lage der Kriegsoffer im allgemeinen sowie mit der Not der Kriegsblinden und Tuberkulösen besonders eingehend beschäftigt. Die hierzu vorgelegten Resolutionen wurden ebenso wie die Entschlüsse über die Regelung der Versorgung der staatenlosen Kriegsoffer einstimmig angenommen. An die Regierungen der Tschechoslowakei und Ungarns appellierte der Kongreß in besonderen Entschlüssen, um die Lage der Kriegsoffer dieser Länder menschenwürdig zu gestalten.

Die Probleme der Friedenssicherung, der Schuldenregelung und der Abrüstung nahmen bei den Beratungen des

Kongresses in den Kommissionen wie auch in den Plenarsitzungen einen breiten Raum ein.

Aus den Ausschüßberatungen ist noch als besonders bedeutsam hervorzuheben eine Erklärung des französischen Berichterstatters, Prof. Cassin, Paris (Völkerbundsdelegierter). Auf eine Anfrage des Delegierten des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Rechtsanwalt Bolfsberg (Hamburg), bezeichnete Prof. Cassin es als zweifellos, daß die von den Alliierten im Versailles Vertrag festgelegte Verpflichtung zur Abrüstung der Nationen nicht eine bloße moralische Geste darstelle, sondern eine bindende Rechtsverpflichtung enthalte. Diese Erklärung dürfte geeignet sein, die Arbeiten der Genfer Abrüstungskonferenz zu erleichtern und nicht unwesentlich zu fördern.

In einer Schlußresolution

beschwört die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Kriegsoffer die Regierungen, sich endlich klar darüber zu werden, daß der Krieg nicht nur grauenhaft, sondern auch zwecklos ist.

Die Arbeitsgemeinschaft stützt sich auf ihre vier Millionen Mitglieder, die gestern noch Gegner waren, heute Freunde sind, um an die Menschen in allen Ländern einen Appell zu richten, sich gegen jede kriegerische Bestrebung aufzulehnen, sich des vollen Ernstes der Lage bewußt zu werden und durch gemeinsame Arbeit die Hindernisse zu beseitigen, die man einem Erfolg der Abrüstungskonferenz in den Weg stellen will. Der VIII. Kongreß gibt seinem Internationalen Vorstand den Auftrag, die zu diesem Zweck bereits unternommene Aktion auszubauen und weiter zu verfolgen. Sie vertraut ihm insbesondere die Aufgabe an, alles vorzubereiten, um zum Ende des Jahres 1932 oder zu Beginn des Jahres 1933 ein „Welttreffen der Kriegsteilnehmer aller Länder für die Abrüstung und gegen den Krieg“ einzuberufen.

Einer der nicht stirbt.

Sankt Bürokratie in den Rathäusern.

Der Magistrat hat in diesen Tagen wieder zur Verteilung der Veteranenpense an die Kriegsteilnehmer von 1864, 1866, 1870/71 aufgerufen. Ordnungsmäßig erfolgt dieser Aufruf in jedem Jahre, und sein Wortlaut steht fest wie ein ebernes Gesetz. Für diese Verteilung der Veteranenpense wird ein großer Apparat aufgezogen, in jedem Bezirksamt wird eine Dienststelle mit der Entgegennahme der Anträge vierzehn Tage „befast“. Und dabei scheint noch niemand im Laufe der Jahre bemerkt zu haben, daß in ganz Groß-Berlin heute kaum noch ein knappes Duzend von Veteranen leben dürften, die alle Bedingungen der magistratischen Vorschriften erfüllen können.

Es handelt sich nämlich um Männer, die mittlerweile heute zwischen 82 und 88 Jahren alt geworden sind, wenn sie als Zwanzigjährige 1864 und 1870 ins Feld gezogen sind. Die alten Herren haben aber längst nicht ohne weiteres Anspruch auf diesen Ehrensold der Stadt, sie müssen vorher eine Reihe hochnotpeinlicher Bedingungen erfüllen, die wirklich eine Vergeudung der Spendengelder an Unwürdige ausschließen. Zunächst dürfen die Veteranen nur dem Unteroffizier- oder Gemeinenstande angehören. Dann aber müssen sie noch erstens „würdig“ und zweitens „bedürftig“ sein und schließlich müssen sie noch nachweisen, daß sie am 2. September 1910, dem Tage der 40jährigen Wiederkehr des Sieges von Sedan im Bereiche der jetzigen Stadt Berlin ihren Wohnsitz gehabt und seitdem ihn dauernd hier behalten haben. Wer alle diese Vorbedingungen erfüllen kann, muß sich mit seinen Militärpapieren oder dem Ehrensoldbuche in den amtlichen Dienststunden melden.

Sonntagsrückfahrkarten bis Montag 12 Uhr.

Die in Aussicht genommene Verlängerung der Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten ist jetzt mit sofortiger Wirkung durchgeführt worden. Die Rückfahrt, die bisher bis 9 Uhr vormittags angetreten werden durfte, kann nunmehr mit Zügen erfolgen, die den Zielort der Sonntagsrückfahrkarte bis 12 Uhr mittags verlassen. Diese Maßnahme gilt bis auf Widerruf, längstens bis 1. April 1933.

„Fest der deutschen Schule.“ Der Landesverband Mark Brandenburg des D.M.V. veranstaltet am Sonntag, dem 11. September, für sämtliche Berliner Schulen und die der Schule nahestehenden

Kreise ein großes „Fest der deutschen Schule“. Die Veranstaltung steht unter der Leitung: „Die deutsche Schule im Reich für die deutsche Schule im Ausland“. Sie soll an die Verbundenheit aller Deutschen in der Welt erinnern, um der heranwachsenden auslandsdeutschen Jugend Sprache, Kultur und Volkstum zu erhalten.

Durch Leichtsinne umgekommen.

Pfadfinder durch Sprengkapsel getötet.

Frankfurt a. M., 5. September.

Eine Gruppe Pfadfinder lagerte am Sonntag im Reisterbacher Wald. Nachdem die jungen Leute ein Feuer angezündet hatten, warfen sie Sprengkapseln, die sie vorher in einer Schiene gefunden hatten, in die Flammen. Dabei kam es zur Explosion. Der am Feuer stehende 17 Jahre alte Hans Stiffe aus Frankfurt a. M. wurde durch ein Sprengstück, das ihm in die Brust drang, getötet. Die Polizei ist noch mit der Aufklärung des näheren Tatbestandes beschäftigt, insbesondere mit der Klärung der Frage, woher die Sprengkapseln stammen.

Tod durch Wurstvergiftung.

Zwei Todesfälle in Braunschweig.

Braunschweig, 5. September.

Am Sonnabend wurden der Reichsbahnassistent Hillers aus Braunschweig und seine beiden Söhne unter schweren Vergiftungsercheinungen in das hiesige Marienhospital eingeliefert. Dort ist der Reichsbahnassistent noch am Sonnabend gestorben, während sein 13jähriger Sohn im Laufe des Sonntags starb. Der zweite Sohn liegt noch schwer erkrankt daneben. Als einziges Familienmitglied ist die Mutter von der Krankheit verschont geblieben. Man nimmt an, daß die schweren Vergiftungen auf den Genuß von verdorbenen Wurstwaren zurückzuführen sind.

Kinderlähmung auch in Mecklenburg.

Schließung der Schulen angeordnet.

Das Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium hat als Vorbeugungsmaßnahme gegen die weitere Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung die Schließung aller Schulen des Landes bis zum 18. September angeordnet. Besonders in Rostock und Umgegend treten Neuerkrankungen auf, von denen bereits sechs tödlich verlaufen sind.

Geplanter Einbruch in Reichswehr-Pulverschuppen.

Königsberg, 5. September.

Ein Beamter der Wach- und Schließgesellschaft, dem die Bewachung eines Reichswehr-Pulverschuppens obliegt, stellte einen Königsberger Diebstahlswagen fest, der auf dem Festungsgelände in einen tiefen Graben geraten war. Zwei Männer entflohen aus dem Auto, während der Beamte einen angetrunkenen Mann, einen Königsberger Kupferschmied, aus dem Wagen heraus festnehmen konnte. Es wurde festgestellt, daß einige Kellerfenster an dem Pulverschuppen eingeschlagen worden sind, daß jedoch von den Beständen nichts fehlt. Man nimmt an, daß ein Einbruch in den Pulverschuppen geplant war.

Gronau in Tokio gelandet.

Der deutsche Flieger von Gronau ist am Sonntag in Tokio gelandet. Zu seiner Begräbnung hatten sich zahlreiche Persönlichkeiten auf dem Flugplatz eingefunden. Gronau beabsichtigt, eine Woche in der japanischen Hauptstadt zu bleiben.

Wieder Wochenendfahrt nach Hamburg-Helgoland. Am 10./11. September veranstaltet die Reichsbahndirektion Berlin wieder eine Wochenendfahrt nach Hamburg-Helgoland. Die Fahrt beginnt am Sonnabend, 10. September, ab Lehrter Bahnhof, 12.00 Uhr; um 17.05 trifft der Sonderzug in Hamburg ein. Die Rückfahrt ab Hamburg erfolgt in der Nacht vom Sonntag, 12. September, zu Montag, 13. September, ab Hamburg 1.00 Uhr, und am Montag früh, um 6.10 Uhr, ist der Zug wieder in Berlin. Der Dampferausflug nach Helgoland ist für den Sonntag vorgesehen: um 7 Uhr verläßt der Dampfer den Hamburger Hafen und trifft um 13.20 Uhr in Helgoland ein. Die Hin- und Rückfahrt nach Hamburg allein kostet 11,60 M. oder 17 M. bei Benutzung der 2. Klasse. Die Fahrt Berlin-Helgoland-Berlin 21,10 M. oder 26,50 M. Der Fahrkartenvorverkauf beginnt am 1. September bei den Fahrkartenausgaben Berlin Lehrter Bahnhof, Spandau und Rauen sowie bei den bekannten Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros (M.E.R.).

Die mißglückte Feuerprobe.

Wie es kam, daß die Leute von „Seeblick“ und „Kuhle Wampe“ ruhig schlafen konnten

Zum bevorstehenden Abschluß der Zelt Saison und vor allem um das angebahnte Vertrauensverhältnis zwischen den Bewohnern der Dauergeländekolonien und den Männern der Verwaltungsbehörden noch einmal zu unterstreichen, wurden von den Leitern der Zeltstädte rings um Berlin zwei nächtliche Feueralarme angelegt. Der westliche Alarm in Saatwinkel ging vor einigen Wochen unter der Mitwirkung von Feuerwehr und Forstbehörde auch zur allgemeinen Zufriedenheit vorstatten; die Zeltbewohner von Saatwinkel hatten ihre tätige Mithilfe bei der Verhütung von Waldbränden nachdrücklich unter Beweis gestellt.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sollte der zweite Feueralarm am Rüggelee steigen. Hier konnten im Laufe des letzten Monats zwischen den Plätzen der Kolonien „Kuhle Wampe“ und „Seeblick“ bereits zweimal Waldbrände durch die Aufmerksamkeit der Zeltstädter im Keime erstickt werden. In beiden Fällen stimmten bereits mehrere Quadratmeter Waldboden — irgendwo mag unaufmerksam geraucht haben — aber es gelang sofort das Feuer auszugesehen und Gräben zu ziehen, um Schlimmeres zu verhüten. Da die Zeltbewohner vom Rüggelee den Ausflüßerscharren aber keine Vorschriften über die Verwendung ihrer Streichholzschachteln machen können, ordneten sie dennoch einen strengen Wachdienst an; je zwei Zeltleute haben stündig Tag und Nacht Wache, und in jedem Zelt hat außerdem sofort greifbar ein Eimer mit Wasser und ein Spaten zu stehen. Vergangenen Sonntag nun wollte man einen Schritt weitergehen. Auf Wachplätzen sollten zwei Rito roter Magnesia abgebrannt werden und zwar nachts um 2 Uhr, wenn alles in tiefsten Schlafe liegt, die Wache sollte die Alarmlöhner gelassen lassen, die Berufsfeuerwehr von Köpenick und die Forstverwaltung hatten ihre Mitwirkung zugesagt und nach Lösung des imaginären Feuers sollte ein

Beamter von der Köpenicker Feuerwehr einen kleinen Vortrag über Bekämpfung von Waldbränden halten.

Es kam aber anders. Die Verständigung der Polizei hatte ein Genosse übernommen, der bereits den Saatwinkel Alarm gesendet hatte. Am Freitag rief die Polizei diesen Genossen auf der Saatwinkel Rettungsstation der Arbeiterfarnarier an. Nun ist aber diese Station für Telefonate infolern ungünstig, als von Woche zu Woche wechselnd jeweils eine andere Gruppe der Samariter dort Dienst macht, also auch nicht vorausgesetzt werden kann, daß die einen die anderen kennen. So verlangt nun die Polizei Herrn B.; der Mann am Telefon antwortet aber: hier wäre gar kein B. Inzwischen hat die Polizei selbst Alarm wegen des Stahlhelmtages, man wird ruhig und den ganzen Feueralarm hält man wohl für einen verkappten Aufmarsch zum Nachtangriff auf die in Köpenick in Quartier liegenden schiefischen Stahlhelmer. Am Sonnabend endlich hat die Polizei den Genossen B. in seiner Berliner Wohnung ermittelt, man nimmt ihn mit aufs Präsidium, unterdessen kommen auch schon die Landjäger nach dem Rüggelee und jöhnden nach B. Auf dem Präsidium ist man sehr zugetuht, eigentlich wollte man B. bis zum Montag in Schutzhaft behalten, aber unter der Zusicherung, daß er sich ständig zur Verfügung der Polizei hält, läßt man ihn laufen. Natürlich mußte der Feueralarm abgesetzt werden, die Magnesia brannte nicht ab und die Zeltstädter vom Rüggelee konnten ungestört bis in den Sonntagmorgen hinein schlafen. Von dem geplanten Alarm erfahren sie überdies erst durch diese Zeilen.

Den Zeltstädten liegt natürlich auch an einem erträglichen Verhältnis zu den Polizeibehörden. Und die Zeltbewohner möchten deshalb noch einmal unterstreichen, daß sie friedliche, Erholung suchende Leute sind, die gar nicht daran denken, den Nachbar bei Nacht und Nebel durchzuwalzen.

Verordnung zur Wirtschafts„belebung“.

Noch eine 50-Millionen-Subvention für den Hausbesitz hinzu!

Papens privatkapitalistisches Experiment, die Wirtschaft mit Steuererleichterungen und Lohnprämien anzukurbeln und auf diese Weise Arbeit zu schaffen, ist jetzt in Gesetzesform gegossen. Die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft“ trägt das Datum vom 4. September und enthält vier Abschnitte: Entlastung der Wirtschaft, sozialpolitische Maßnahmen, kreditpolitische Maßnahmen und sonstige finanzpolitische Maßnahmen.

Der von der Regierung amtlich dazu herausgegebene Kommentar ist von lähnen Behauptungen über die guten Absichten und sichere Wirkungen der Maßnahmen voll. Da steht die unbewiesene Behauptung, daß die bisherigen Erfahrungen ergeben hätten, daß mit öffentlichen Aufträgen nicht genug Arbeit beschafft werden könne, und daß nur die Ankurbelung der Initiative der Privatwirtschaft helfen könne. Sorgfältig wird hervorgehoben, daß die Verordnung in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank entstanden sei. Ebenso zuversichtlich wie das Spekulation der Verordnung ignorierend wird gesagt, daß „der Wirtschaft“ nur dort Erleichterung gewährt werden, wo eine unmittelbare Belebung der Produktion und damit des Arbeitsmarktes mit Sicherheit zu erwarten sei. Nicht ohne Erschütterung kann man die von Papen schon gegenüber Hugenberg festgestellte Absicht der Regierung zur Kenntnis nehmen, daß die Reichsregierung grundsätzlich die Schaffung von Kontingenten zur Drosselung der landwirtschaftlichen Einfuhr beschloßen habe, was endgültig erkennen läßt, daß die Landwirtschaft gegenüber der Industrie gesiegt hat und auch ein grundsätzlicher Wechsel in der Handelspolitik zu erwarten ist; dieser muß in größtem Umfang auf dem Arbeitsmarkt wieder zerstören, was die Regierung von ihren Ankurbelungsmaßnahmen erhofft.

Entlastung der Wirtschaft.

Bei den zur Senkung der Produktionskosten vorgesehenen 1500 Millionen Steuerentlastungen hat der Landbund seine Forderung auf höhere Anrechnung der gezahlten Grundsteuer bei der Bemessung der Steuerquote durchgesetzt. Bei der Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer werden jetzt einheitlich 40 Proz. (statt 50, 40 und 25 Proz.) der 1932/33 fälligen und gezahlten Beträge in Steuergutscheinen von den Finanzämtern für spätere Steuerzahlungen zur Verfügung gestellt. Den Steuergutscheinen sind fünf Abschnitte angeheftet, von denen die Finanzämter bei der Zahlung jeweils ein Fünftel in den Jahren von 1934 bis 1938 abtrennen. Die Beförderungssteuer (Reichsbahn) wird nach wie vor zu 100 Proz. bei den Gutscheinen gutgeschrieben.

Zugunsten der Landwirtschaft ist weiter die Umsatzsteuerfreiheit bei der Pasteurisierung (Erhöhung zur Erzielung von Keimfreiheit) der Milch verordnet.

Der Hausbesitz erhält für die Durchführung von Hausreparaturen keine Subventionen im Betrage von 50 Millionen Mark. Die Reichsregierung hat die auf der Hamburger Tagung der deutschen Hausbesitzer kürzlich erhobene entsprechende Forderung glatt honoriert.

Ob Garantien für die volle Verwendung der von den Mietern gezahlten Reparaturbeiträge vor der Gewährung der Subvention geschaffen werden, müssen erst die Durchführungsverordnungen zeigen. Endlich werden die Steuererleichterungszuschläge von 1½ auf 1 Proz. auf je einen halben Monat gesenkt.

Alle diese Maßnahmen sollen von der Privatwirtschaft her zu neuen Aufträgen führen. Die Zweifelhaftheit der Ergebnisse haben wir oft genug betont.

Unmittelbar der Mehrreinstellung von Arbeitern sollen die 700 Millionen Lohnsubventionen dienen, die unter den

sozialpolitischen Maßnahmen

behandelt werden (Vergleiche auch den Gewerkschaftsteil). Diese 700 Millionen sollen zur Mehrreinstellung von 1¼ Millionen Arbeitern beitragen. Vergleichsgrundlage bei der Gewährung der Gutscheine von vierteljährlich 100 oder jährlich 400 Mr. pro Arbeiter soll der Stand der Beschäftigung in den Monaten Juni, Juli und August 1932 sein. Ab 15. September berechnet sich die Zahlung der Einstellungsprämien. Die Mehrreinstellung ist den Finanzämtern auf Grund von Unterlagen glaubhaft zu machen. Borenhaltung der Steuergutscheine und Verlegung der weiterhin vorgesehenen Lohnabschläge bei Mehrreinstellungen sollen Umgehungen und Schiebungen bei der Inanspruchnahme der Einstellungsprämien verhindern. In den Ausführungsbestimmungen soll ebenfalls für Großbetriebe evtl. eine Obergrenze für die Lohnsubventionen festgesetzt werden.

Um den Anreiz zur Mehrreinstellung zu verstärken, werden ab 15. September progressiv die Löhne der geleisteten 30. bis 40. Arbeitsstunde gesenkt. Wer 5 Proz. mehr Arbeiter einstellt, hat das Recht auf einen Lohnabschlag von 10 Proz., bei 10 Proz. Mehrreinstellung beträgt der Lohnabschlag 20, bei 15 Proz. 30, bei 20 Proz. 40, und bei 25 Proz. Mehrreinstellung sollen für die 30. bis 40. Stunde 50 Proz. vom Lohn gekürzt werden. Praktisch kommt es hier, wenn ein Unternehmer von der 48stündigen zur 40stündigen Beschäftigung allgemein übergeht, was die Nebenabsicht dieser Maßnahmen ist, zu der unerhörten Lohnkürzung für den einzelnen Arbeiter von insgesamt 27 Proz. Der Vorteil, auf den die Regierung rechnet, ist die Entlastung der Arbeitslosenversicherung und der Gemeinden von Unterführungen.

Das Maß der Belastung der Arbeiterschaft ist damit noch nicht voll; die Verordnung ermächtigt auch den Schlichter zur Unterschreitung der Tariflohnsätze in dem Fall, in dem Betriebe nicht anders aufrecht erhalten werden können. Auch hier ist alles den Durchführungsbestimmungen vorbehalten; die Tarifparteien sind nur vorher vom Schlichter zu hören.

Kreditpolitische Maßnahmen.

Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, zur Behebung finanzieller Notstände Garantien in Höhe von 45 Millionen Mark für Darlehen zu übernehmen, die an gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften gewährt werden; außerdem kann sich der Reichsfinanzminister für diese Zwecke zur Gewährung von Zinszuschüssen in Höhe von 3,4 Millionen Mark verpflichten. Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in den Grenzgebieten werden ebenfalls Garantien im Betrage von 50 Millionen Mark vom Reichsfinanzminister zur Verfügung gestellt. Für die Gewährung von Krediten an kleine und mittlere Betriebe soll der

Reichsfinanzminister insgesamt 40 Millionen Mark durch Borsfinanzierung der Industrieumlage zur Verfügung stellen.

Sonstige finanzpolitische Maßnahmen.

Aus den nach früheren Beschlüssen den Gemeinden vom Reich zur Verfügung zu stehenden 672 Millionen Mark sollen für besonders notleidende Kommunen den Ländern nicht wie bisher 10, sondern 20 Proz. vorweg zur Verfügung gestellt werden.

Die Bürgersteuer soll weiter erhoben werden. Die Gemeinden werden zunächst ermächtigt, vom Oktober bis Dezember die Steuer weiter zu erheben mit der Maßgabe, daß Verheiratete den 50prozentigen Zuschlag für ihre Frau nicht mehr zu zahlen haben und daß, nachdem die Verrechnungsgrundlage von 1930 heute überholt ist, die Steuerbeträge um 25 Proz. gesenkt werden. Mit den gleichen Änderungen wird aber zugleich für das Jahr 1933 die Forterhebung der Bürgersteuer angeordnet. An Stelle des starren Satzes der Freigrenze von 500 M. tritt jetzt nur ein beweglicher Satz, der nach den Sätzen der Wohlfahrtsunterstützung berechnet werden soll.

Von weittragender Bedeutung ist das Recht der Finanzbehörden zur Beanstandung von Löhnen und Gehältern bei Betrieben oder Körperschaften des öffentlichen Rechtes (z. B. Gemeindearbeiter und öffentliche Werksbelegschaften), die den Reichslöhnen und Gehältern „noch nicht angeglichen“ seien. Diese Bestimmung kommt auf einen neuen Eingriff in die Unabhängigkeit der Lohnsätze heraus.

Bei allen subventionierten Betrieben,

das heißt Betrieben, die vom Reich, von einem Lande oder einer Kommune eine finanzielle Beihilfe erhalten (Kredite oder verlorene Zuschüsse, übernommene Zinsgarantien, Bürgschaften und ähnliches), sieht die Verordnung vor, daß für die Dauer der finanziellen Beihilfe die Dienstbezüge eines Vorstandsmitgliedes oder eines leitenden Angestellten einen Betrag nicht

übersteigen dürfen, der in der Reichsverwaltung für vergleichbare oder gleichwertige Dienstleistungen bezahlt wird. Hier ist es vollständig offen, ob zu den vergleichbaren Leistungen zum Beispiel auch diejenigen der Direktoren der größten öffentlichen Betriebe gehören, und ob die sehr hohen Nebeneinnahmen (Spesen, Tantiemen und Aufwandsentschädigungen) für Direktoren subventionierter Betriebe zu den Dienstbezügen zu rechnen sind.

Die Verordnung des Reichspräsidenten „zur Belebung der Wirtschaft“ hat gegenüber dem, was bisher über die Absichten der Regierung bekannt war, nichts wesentlich Neues gebracht. Das Neue, was sie aber bringt, sind noch mehr Subventionen zugunsten der Privatwirtschaft und der Landwirtschaft auf Kosten der Steuerzahler und auf Kosten des zukünftigen Ausgleichs im Reichshaushalt. Wirtschaftspolitisch bleiben die jetzt getroffenen Maßnahmen eine Spekulation, die zu den schwersten Rückschlägen führen muß, wenn die Hoffnungen auf eine endgültige Wirtschaftsbelebung trügen. Der auf so breiter Front vorgenommene Abbau der Löhne muß zu furchtbaren Kaufkraftzerstörungen führen, wenn die erwartete Wirtschaftsbelebung nicht außerordentlich groß ist. Da aber die neue Wendung in der Handelspolitik den Export von neuem gefährden wird, besteht die Gefahr, daß von hier aus jede Belebung auf dem Binnenmarkt wieder unterbunden wird. Finanzpolitisch bleiben die Maßnahmen ein Ritt über den Bodensee; jedem zukünftigen Finanzminister muß vor der spekulativen Zuversicht des jetzigen ein Grauen antommen. Wie die Gemeinden finanziell zu Ranke kommen sollen, wenn die Entlastung des Arbeitsmarktes nicht sehr groß ist, fragt man nach der dem Steuerzahler an sich willkommenen Senkung der Bürgersteuer vergeblich. Sozialpolitisch bleiben die Maßnahmen der Reichsregierung schlechthin unverantwortlich angesichts der entscheidenden Bedeutung, die einer pfleglichen Behandlung der Arbeitskraft im industriell hochentwickelten Deutschland für jede Wiederbelebung der Wirtschaft zukommt.

Der Umsturz der Handelspolitik.

Wir erinnern den Reichswirtschaftsminister an seine Pflicht.

Papens Zusagen in seinem Brief an Hugenberg, über die wir schon kurz berichteten, kündigen eine Schwentung in der Handelspolitik an und müssen zu einem vernichtenden Schlag gegen den Industrieexport werden, wenn sie gehalten werden. Papen erklärte, daß sich die Reichsregierung im Grundsatze für die Anwendung von Kontingenten entschieden habe; er macht nur die Einschränkung, daß auf die Verhandlungslage mit den Handelsvertragsländern Rücksicht zu nehmen sei. Papen will die bisher schon durchgeführten einschneidenden Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft zu einem „ausreichend wirksamen Gesamtwerk vervollständigen“. Das ist eine Bindung gegenüber den Forderungen Hugengebgs, die die vorher gemachte Einschränkung fast wertlos macht. Man kann kaum daran zweifeln, daß die Reichsregierung die Schwentung in der Handelspolitik endgültig vollziehen und damit den deutschen Industrieexport in der ungeheuerlichsten Weise gefährden wird.

Der Reichslandbund bombardiert inzwischen die Reichsregierung mit Telegrammen und die Öffentlichkeit mit neuen Entschuldigungen. Das angekündigte Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung sei enttäuschend und beunruhigend. Die Landwirtschaft müsse feststellen, daß die Reichsregierung die Waffe des Einfuhrkontingents zum Schutze der nationalen Produktion noch immer nicht in dem für die Landwirtschaft gebotenen Umfange anwendet. Dem wird die Drohung angefügt, daß jede Reichsregierung, die sich nicht zu der wahrhaft konservativen Führertat durchringt, die deutsche Landwirtschaft und damit das deutsche Landvolk zu dem sicheren Fundament des deutschen Volks-, Wirtschafts- und Staatslebens zu machen, scheitern muß.

Wir verlangen, daß der Reichswirtschaftsminister den Autarkiebestrebungen viel mehr Widerstand entgegensetzt, als bisher geschehen ist. Im Reichsernährungsministerium sind schon seit langem die Einfuhrmengen festgelegt, nach denen die Kontingentierung durchgeführt werden soll. Die Verabschiedung des Staatssekretärs Trendelenburg muß heute in der Tat als Symptom dafür gewertet werden, daß das Reichswirtschaftsministerium die Interessen der Exportindustrie preisgibt, obwohl gerade der Reichswirtschaftsminister die Verantwortung dafür trägt, daß die in den neuen Wirtschaftsverordnungen angestrebte Belebung der Wirtschaft nicht im Keime durch die Zerfälschung des Exports erstickt wird.

Zur Konferenz in Stresja.

Die Not der ost- und südosteuropäischen Länder.

In Stresja hat gestern die erste Sitzung des Komitees für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der südosteuropäischen Länder begonnen.

Das Lausanner Abkommen enthält die Verabredung zu einer Konferenz, die sich mit „Fragen des mittel- und osteuropäischen Wiederaufbaus“ — zu lesen: mit der Frage, wie der drohende Zusammenbruch der kleineren Agrarstaaten in Mittel- und Osteuropa zu vermeiden ist! — beschäftigen soll. Diese Konferenz hat unter französischem Vorhine am 5. September in Stresja (Norditalien) begonnen; beteiligt sind an ihr fast alle europäischen Staaten: Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Holland, Italien, Schweiz auf der einen Seite und Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Südslawien, Tschechoslowakei und Polen auf der anderen Seite.

Die finanziellen Fragen werden im Vordergrund stehen. Die Verschuldung der in Frage kommenden Länder soll festgestellt werden und ferner will man untersuchen, wie die Schuldenlast dem Preissturz der Agrarprodukte anzupassen ist. Aus einem neu zu bildenden Fonds sollen den schwerst betroffenen Ländern Beihilfen gezahlt werden. Man redet davon, daß die Tilgung für die Auslandsschulden eingestellt und die Zinssätze wesentlich herabgesetzt werden sollen. Offizielle Verhandlungspunkte der Konferenz sind die allmähliche Beseitigung der Devisenbewirtschaftung und die Förderung des Handels der südosteuropäischen Staaten untereinander und mit anderen Staaten.

Wir können reden, wird man sich auf dieser Konferenz nicht

begnügen können. Die südosteuropäischen Länder stehen mehr oder weniger vor dem Bankrott; sie werden erdrückt von Finanzverpflichtungen gegenüber dem Auslande und sind von dem Ueberangebot und dem Preissturz am Agrarmarkt schwer betroffen. Daß die Schuldnerländer (darunter Polen, Ungarn, Rumänien) dabei sind, eine Einheitsfront zu bilden, um in Stresja geschlossen aufzutreten zu können, zeigen die Verhandlungen auf einer Agrarkonferenz in Warschau, auf der acht Länder vertreten waren. Wenn auch eine gemäßigtere Entschließung diese Konferenz beendet hat, die polnischen Vorschläge gingen viel weiter, und in den Verhandlungen war man sich weitgehend einig.

Allgemein wird gefordert, daß die europäischen Industriestaaten die Einfuhr von Produkten der Landwirtschaft und Viehzucht Südosteuropas durch Vorzugszölle gegenüber der überseeischen Einfuhr begünstigen. Darüber hinaus aber verlangen sie von ihren Gläubigerländern die Einräumung von bestimmten Einfuhrkontingenten; dadurch sollen die Auslandsschulden getilgt werden. Die Kapitalverpflichtungen aus Ausland sollen also direkt durch Warenlieferungen abgedeckt werden.

750 Millionen öffentliche Aufträge?

Der Reichsregierung ist bei der rein privatkapitalistischen Wirtschaftsbelebung nicht wohl zumute.

Wozuviel Selbstvertrauen scheint die Reichsregierung in die wirtschaftsbelebenden Wirkungen ihrer Maßnahmen nicht zu haben. Es wirkt überraschend, daß die offizielle Erklärung der Reichsregierung zur Notverordnung eine entscheidende Bedeutung öffentlicher Aufträge im gegenwärtigen Augenblick leugnet, und daß auf der anderen Seite die Reichsregierung mit sehr großem Nachdruck unterstreicht, daß sie das bisherige Programm der öffentlichen Arbeitsbeschaffung stark erweitert habe.

Nachdem die Öffentlichkeit bisher nur von höchstens 300 bis 330 Millionen öffentlicher Aufträge wußte (nämlich 135 Millionen für Straßenbau, Wasserbauten und Meliorationen und ähnlichen Arbeiten), wird jetzt ein Programm für ¼ Milliarden Mark öffentliche Aufträge angekündigt. Sieht man näher zu, dann erkennt man freilich gleich, daß die Regierung es sich leicht macht, die zusätzlichen 400 Millionen herauszurechnen. Denn darin sind enthalten 170 Millionen Reichsbahnaufträge aus den Steuergutscheinen, die die Reichsbahn erhält, 60 Millionen zusätzliche Postaufträge, über deren Finanzierung nur gesagt wird, daß sie gesichert sei, die Zufälligkeit ist aber offen, ferner die 50 Millionen Subventionen für Hausreparaturen, die 45 Millionen Kreditgarantien für Genossenschaften, die 50 Millionen Kreditgarantien für die Grenzbeihilfe und endlich die Borsfinanzierung der 40 Millionen Kredite für kleinere und mittlere Betriebe.

Man sieht, hier ist sorgfältig als öffentliche Arbeitsbeschaffung alles zusammen gerechnet, was in der neuen Wirtschaftsverordnung nur irgendwie und irgendwann einmal in Aufträgen sich auswirken könnte. Erstauslich freilich, daß dazu auch Kreditgarantien gerechnet werden. Interessant aber immerhin, daß der Reichsregierung bei der jetzigen Vernachlässigung der öffentlichen Aufträge offenbar selbst nicht wohl ist.

Der Karstadt-Konzern meldet für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 52,5 Millionen Umsätze gegen 49,3 Millionen im vorhergehenden Quartal.

Steigender Fahrradabsatz. Die Adam Opel A.-G., Rüsselsheim, meldet eine starke Besserung des Fahrradgeschäfts. Im ersten Halbjahr 1932 sind der Menge nach 23 Proz. mehr Fahrräder als in der gleichen Zeit des Vorjahres abgesetzt worden. Im August betrug die Absatzsteigerung gegenüber dem Vorjahre sogar 50 Proz. Wenn der Gesamtumsatz wertmäßig nicht höher als im Vorjahr war, so beweist das, daß die billigen Räder bevorzugt werden und daß die Absatzsteigerung zum Teil eine Folge von herabgesetzten Preisen war. Opel hat jetzt auch die Fabrikation von Ersatz- und Zubehörteilen erheblich ausgedehnt.

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

Gilgi steht unten auf der Straße und reibt sich ihr Handgelenk. Hat der Junge einen Griff! Macht der sich das Leben schwer! Und den um Rat fragen! Der hat selber Rat nötig. Jeder für sich, Gott für uns alle. Gilgi zieht aus ihrem Täschchen ein kleines Notizbuch: Fräulein Margarethe Täschler, Thieboldsgasse. Da wird man jetzt hingehen. Es interessiert einen ja schließlich, das Wesen zu sehen, das einen zur Welt gebracht hat. War gar nicht so einfach, den Namen von zu Haus rauszukriegen, die Adresse hat sie sich selber gesucht.

Karneval liegt in der Luft... wie küßt die Rösch, die Rösch, die Rösch — bei uns en die Köch... aus einem Fenster plärren Ostermanns diesjährige Schlager. Gilgi geht die Domstraße entlang, am Hauptbahnhof vorbei — Samstagabend — das kriecht und wimmelt, heßt und jagt, sie überquert den Domplatz, muß sich die Müge festhalten, daß sie nicht fortweht. Gott sei Dank, jetzt steht sie vorm Savoy-Hotel, hier ist es weniger stürmisch. Sie streicht sich den Trenchcoat glatt und die Haare, gibt der kleinen Bastenmütze wieder den richtigen Sitz. Biegt in die Hohestraße ein — Menschen, Menschen — das schiebt sich die schmalen Bürgersteige entlang, man kommt nur langsam vorwärts. Verkehrsordnung einhalten! Rechts gehen! Man wird ganz trübelig, wenn man gewohnt ist, lange, flotte Schritte zu machen. An der Passage stehen ein paar trübelige Ruten, sie sehen brav, bieder und schlecht gelaunt aus, ohne Schminke und Attropin könnte man sie für entlassene Telephonbeamtinnen halten. Gilgi geht durch die Schildergasse. „Blumen — Blumen!“ Ein verfrorenes, kleines Mädchen steht an der Ecke. „Bib man 'n Strauß her“. Gelbe Mimosen, wem soll sie die schenken? Sie wird sie der Mutter mitnehmen, die freut sich vielleicht.

In der Thieboldsgasse ist's dreckig und dunkel. Es dauert eine Weile, ehe Gilgi die richtige Hausnummer gefunden hat. Im Hausflur stinkt es nach faulem Fisch und alter Wäsche. Gilgi steigt eine Treppe rauf, noch eine, das Haus lebt: irgendwo kreischt eine Frau, weint ein Kind, schimpft ein Mann. Vor einer Tür liegt ein „Kölner Stadt-Anzeiger“... um wenn selbs der ganze Faselovend an Auszehrung engon soll, die Härteprüfung der Große Kölner Krige die Riesmächer nit lapot! An dem Humor und dem Festhalten ererbter lösscher Art rennen sie sich den Schädel ein... Oh, du goldner, rheinischer Humor! „Hätt da Saukerl doch als widder et ganze Stempelgeld verlosse“, schreit eine Frau. Das Haus lebt, das Haus atmet. Gilgi werden die Beine schwer. Warum ist sie hergekommen, was will sie hier? Ufff, sie kriegt keine Luft. Schlapp machen gilt nicht. Da hängt ein schmieriges Zettelchen: Fräulein Margarethe Täschler, Damenschneiderin, zweimal schellen. Gilgi schellt. Schluff — schluff — schluff komm's näher — wie das stinkt hier im Haus, mir wird schlecht — tapp — tapp — tapp — noch wär's Zeit, umzu...

„Wer is da?“ Warum wird denn nicht aufgemacht!

„Es do jemand?“

„Ja.“

„Wer?“

„Ich.“

„Zu wem wollense?“

„Zu Fräulein Täschler.“ Eine Sicherheitskette rasselt, die Tür öffnet sich: „Kommense herein, Fröllein, man muß hier so vorfichtig sein wegen de Eindreher. Vorjestern habenle nebenan en arm Frau niederjeschlagen, de Menschen sin esu schläch heutzutaach, kommenle hier herein, Fröllein.“ Ist sie das, ist sie das, ist sie das? Gilgi preßt den Mimosenstrauch an die Brust. Es fällt ihr nicht ein, aufgeregt zu sein. Da ist ein Zimmer mit einem schmutzigen Bett, gegenüber ein Gasherd, eine Pfanne mit ein paar kalten, flebrigen Bratkartoffeln drauf. Vorm Fenster steht eine schwarze Probierpuppe, die Dame ohne Unterleib. So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage.

„Schenke sich man, Fröllein.“ Die Frau legt ein paar schmierige Wäschestücke vom Stuhl. Ein feines Mädchen! Wenn die bei ihr arbeiten lassen will — und was soll sie sonst wollen?

Fräulein Margarethe Täschler, Damenschneiderin, zweimal schellen — man muß sie anfehen, Gilgi — man ist hergekommen, um sie anzusehen. Weg die Augen von der Dame ohne Unterleib, da steht die Alte in der Ecke und plinkt nach dem Ofen, wo eine

gerupfte Kage liegt, Miß, miß, miß — lodt sie und macht dazu einen schauerlich krummen Zeigefinger wie die Knusperhege aus „Hänsel und Gretel“. Miß, miß, miß — will das Fräulein ein Kleid arbeiten lassen? Miß, miß, miß. Jeder will gern einen guten Eindruck machen, dann und wann. Zieht die eine sich schnell 'nen seidernen Schlafrock über, lodt die andre 'ne Kage hinterm Ofen vor. Miß, miß, miß — das ist sie, das ist sie. Gilgi klammert die Finger um den Mimosenstrauch und spricht: ja, sie hat gehört von Fräulein Täschler, sie ist ihr empfohlen worden, sie will sich jetzt was von ihr nähen lassen, ein Kleid mit Jackchen, und den Stoff hat sie gleich mitgebracht.

Das ist sie. Sie ist mager und verträumt, und ein Gesicht hat sie gar nicht, das hat sie verloren. Sie hat eine Bademütze, eine helle Bademütze auf dem Kopf, graugelbe Haarsträhnen hängen drunter vor. „Da Rösch han ich auf meien der Kopfschmerzen, do han ich ne kalte Umschlag drunger.“ Und Gilgi empfiehlt Aspirin-tabletten und beseht sich die Modejournale, die die Fingerringe

vor ihr ausbreiten. Man kann doch nicht aufgucken, man kann doch keine anfehen, die kein Gesicht hat! Pfanne mit flebrigen Bratkartoffeln, Dame ohne Unterleib, schmutziges Bett, Gestank nach ranziger Margarine.



Da ist ein Zimmer mit einem schmutzigen Bett

feuchte Wände und morscher Fußboden. „Elegante Welt“. Schönheitsnummer. Die schöne Großmama schreibt ihrer Enkelin: Karneval, ach, der war zu unserer Zeit noch toll und lösslich, trotz der Maste war ich immer umschwärmt, denn man sah genug von meinem schönen Teint (dessen ganzes

Geheimnis die Pfeilringpflege war)... Miß Germany 1931... „das hättenle auch werden können, Fröllein!“ Und der Kopf mit der Bademütze lacht, das ist aber nicht wahr, das ist gelogen, das Lachen. Und der Kopf beugt sich und ist jetzt dicht neben Gilgis. Ich kann den Geruch nicht mehr vertragen, ich muß mir 'ne Zigarette anstecken.

Das Licht ist schlecht, man kann nichts richtig erkennen, wie kann man hier nähen! Das Nicht-Gesicht hat rote Augen, das sind entzündete Lider, die weh tun. Die schöne Großmama schreibt ihrer Enkelin... Du, du, du — warum läßt du dir das gefallen! Warum wohnst du hier, warum lebst du hier? Totschlagen sollte man dich, wenn du zufriedener bist! — Nebenan spielt ein Grammophon: Trink, trink, Brüderlein trink.

Warum bist du zufrieden? — Laffet die Sorgen zu Haus... Warum? Trink, trink... Abgefunden, abgefunden. — Bin's nicht anders gewohnt — Kenn' nur das Lied von den graublauen Stunden. — Gib's was, das Mühe lohnt? (Fortsetzung folgt.)

14 Hundstage

Melancholischer Rückblick / Von Erich Preuße

Die Sonne trapfte Feuer auf die Erde. Der Asphalt glühte. Es war zu Hause und draußen unerträglich. Der Schweiß rann in Strömen. Vor mir lauerte die Schreibmaschine. Die oberste Tastenreihe reicht vom f bis zum... In den nächsten Reihen liegen nebeneinander die Typen bis zum —. Nun braucht man nur die Tasten anzuschlagen und die Berichte und Feuilletons trübelen aus der Maschine... Aber es war nicht möglich zu arbeiten. Ich flüchtete in den Schrebergarten, der meinen Birzleuten gehört. Da blühten die Gladiolen, Montbretten, Dahlien und Astern. Die Rosen setzten die zweiten Knospen an. Das Bohnenkraut hing verdorrt an den Stangen. Der Kürbis war wohltaut und schickte sich an, den Garten zu erobern. Hinter den breiten und rauhen Blättern sahen die gelben und grünen Köpfe hervor. Die Hitze brüdete schlaff und matt. Ich sah in der Laube, und mein Gehirn begann zu fliehen. Ein fetter Brummer hielt auf dem Manuskriptpapier Siefta. Flug, aufgeschreckt, einige Runden und setzte sich beharrlich wieder auf dieselbe Stelle. Bis er in Ruhe gelassen wurde. Ich trollte wieder nach Hause und suchte einen Waschjuber hervor. Das Wasser aus der Leitung war schon schaumig, ehe es kalt lief. Aber dann ließ sich's aushalten...

Abends, wenn es sich etwas abgekühlt hatte und somit die Möglichkeit gegeben war, zu arbeiten, störten die Lautsprecher. Aus fast jedem Fenster tarrte, quakte und piff das. Seit die Sender nun unter dem neuen Kurs laufen, ist es besonders erbäulich, alle diese kleinen Apparate, die nur den Ortsfremden lassen können, einstimmig die „Nacht am Rhein“ und ähnliche schöne Lieder kreischen zu hören. Weiß der Teufel, welches Bergnügen die Leute dabei haben, ihre miserablen Lautsprecher an die geöffneten Fenster zu stellen und sie mit größter Lautstärke „Lieb Vaterland, magst ruhig sein“ brüllen zu lassen. Ich floh in den Garten.

Auf dem freien Platz an der Laubentolonie ober hatte sich ein Wandergirtus niedergelassen. Die Ruffler bliesen mit Behemeng: O Roma, o Roma... Die Bachhunde machten ihnen Konkurrenz. Und so heulten sie vereint den Mond an, der breit und behäbig über den Himmel schaukelte. Ich entwich in den Friedrichshain.

Ein leiser Wind verwehte. Die Luft war feucht und schwül. Eine Belle Blumenduft und Rosenstaniem flutete durch den Park. Es roch weilt und erdig. Jemandwo sang ein Vogel im Schlaf: Jüd-jüd-jüd-jüd-ri-ri-pi-pi. Ein blaffer Rond überzog die Baumkronen mit fließendem Silber. Bogenlampen überspülten die Alleen mit Licht. Auf den Bänken unter den Lampen sahen die unentwegten Statbrüder. Diskussionsgruppen standen beifammen. Junge Leute lutschten an Wasserkühen. Aus dem Dunkel der Anlagen stieg Mädchenlachen auf.

Die Nächte waren voller Schwüle. Der Strohlärm pochte in den Halbschlaf hinein. Morgens um 6 Uhr begannen die Lautsprecher zu röhren. Später kamen die Müllfutcher und böllerten mit den Achtklöben. Da brannte schon die Sonne heiß und sengend.

Eines Morgens kam der Töpfer. Er meinte, der Ofen müsse umgeseht werden. Da bin ich ausgerückt und habe eine Sommerreise unternommen.

Ich fuhr nach Hamburg, nach der Heimat. Der Zug war kaum besetzt. Es hat heute kein Mensch Geld zum Reiten.

Wie hat sich Hamburg in einem Jahr, als ich zuletzt dort war, verändert! Einstmals strömte die Welthafenstadt eine unbändige Kraft aus, die lebensvoll über die Meere drängte. Jetzt pulsiert in den Straßen ein Leben, dem das unerbittliche Verhängnis der Arbeitslosigkeit seinen Stempel aufdrückt. Wo sonst die Arbeit ihr ehernes Viehdannerie, grinst die nackte Frage der Not. Gegen die mächtigen Kontorpaläste prallt der Rhythmus eines toten Gegehens.

Ich fuhr über die Elbe nach Harburg-Wilhelmsburg. Eine aufblühende Industriestadt von über 100 000 Einwohnern ist zum Felsen verurteilt. Die Fabriken haben keine Aufträge. Die Arbeiter drängen sich, wie in Berlin, vor den Stempelstellen und warten in den Wohlfahrts-

ämtern. Trübe Hoffnungslosigkeit umdüstert die Gäßchen.

Meine Schulfreunde von früher, Bürgerlöhne, sind fast alle arbeitslos und stehen alle, aber auch alle bei Hitler. Eine trübe Metaphysik verkleimt ihre Gedanken. Die gewissenlose Hege, die hier tagtäglich von einer falschißlich aufgemöbelten Meute von Lokalblättern, die früher im Generalanzeigergenre schrieb, besorgt wird, ist nicht ohne Folgen geblieben. Eine Unterhaltung mit Bekannten nahm etwa folgenden Verlauf: nachdem sie mein Abzeichen der drei Pfeile gesehen hatten, meinten sie: „Daß du noch nicht vernünftig geworden bist.“ Als ich die Absicht äußerte, in nächster Zeit für immer nach Harburg zu kommen, warnten sie (und kamen sich dabei ungeheuer gutmütig vor, daß sie mich warnten): „Bleib bloß in deinem Berlin! Hier wird nächstens aufgeräumt... Alle hiesigen Sozis werden aufge-

Johann Pinneberg schreibt an den Herrn Reichskanzler

Hochverehrter Herr Reichskanzler, gestatten Sie, daß ich mich vorstelle.

Ich bin der Johannes Pinneberg aus dem Buch von Hans Jollada: „Kleiner Mann — was nun.“

Da, ich bin mit meinem Lämmchen und mit meinem Murtel von Ducherow nach Berlin gekommen, habe hier bei Wandel in der Konzeption gearbeitet, konnte die Quote nicht erreichen — und wurde entlassen. Seit 16 Monaten bin ich nun erwerbslos. Ich wohne in einer Laube, die mir mein Freund Heißbut — Inzulagen umloast — zur Verfügung gestellt hat. Meine Frau geht nähen — und ich, junger Mann von 25 Jahren, bin bei meinem Murtel, der schon Beppo logen kann, allein — und warte, warte —!

Sehen Sie, sehr geehrter Herr Reichskanzler, ich bin nur ein kleiner Mann. Bin in Pommern geboren, habe die Volksschule besucht und dann war ich in der Lehre! Nachher kam das mit Lämmchen, die beste Frau auf dieser Welt.

Nun hörte ich, denn eine Zeitung kann sich untereins nicht kaufen und auch fürs Radio reicht das Geld nicht (für Frau und Kind habe ich knapp 15 M die Woche), daß die alte Zeit kommen soll, und ich habe sie aufgehoben, die Zeitungen auf der Straße, und dachte, nun wird es besser, denn es lagten die Leute: „Der Papen, das ist ein starker Mann, der wird es schaffen.“ Da habe ich mich getraut und Hoffnung geschöpft und zu meinem Lämmchen gesagt: „Siehst du, da hast du es mit deinen Kommunisten, die machen es nicht, aber unser Reichskanzler, der gibt uns Arbeit und Brot, der läßt uns wieder Menschen werden.“ Und dann, Herr Reichskanzler, haben wir zusammengeessen und Pläne geschmiedet und waren ganz ordentlich glücklich. Nun würde es doch nur noch wenige Tage dauern, dann hat das Glend ein Ende.

Aber nun warte ich schon mit meinem Lämmchen und unserm Murtel sehr lange —

und es passiert nur nichts, sondern als ich das leptomat bei der Krise war, da haben sie mir 2 Mark weniger gegeben. Der Beamte war barisch und sagte: „Jetzt wird Schluff gemacht mit dem Wohlfahrtsloast.“ Als ich ihn so fragend anguckte, hat er mir noch gesagt: „Ja, ja, das hat der Reichskanzler gelogt.“ Aber das ist sicher nicht wahr, obwohl Lämmchen — aber über Lämmchen will ich nichts logen.

Und dann sollte ich doch recht bekommen. Eines Tages sah ich die ersten mit solchen neuen schönen Anzügen — und da war ich atemlos zu Lämmchen gelaufen und habe ihr gesagt: „Siehst du, Lämmchen, die Regierung hilft doch, jeder bekommt einen neuen Anzug.“

Aber Lämmchen hat nur gesagt: „Junge, Junge, du bist ein Eintaktspinsel.“

Da und nun höre und lese ich auch manchmal so viel von den „nationalen Belangen“, von der Einheit der Nation und dem Interesse der Staatsautorität. Da denke ich immer eben, daß wir, die vielen Arbeitslosen, gemeint sind — aber Lämmchen sagt wieder, „es sind nur die Generale gemeint.“

Und weil ich nun mich das erstemal mit meinem Lämmchen richtig gezantzt habe, schreibe ich, Johannes Pinneberg aus Ducherow, jetzt Berlin, an den Herrn Reichskanzler und frage an, wie es nun mit unseren Belangen ist, wann die alten Unterstützungsfähigkeit ausgezahlt werden — und wann es Arbeit gibt, denn, und darin muß ich Lämmchen wieder recht geben, die Uniformen, die Gewehre und der Kommandoton können uns nicht satt machen.

Aber verzeihen Sie, Herr Reichskanzler, das ist nur die hehweidene Ansicht eines kleinen Mannes — der nur fragt: was nun?

Hochachtungsvoll

Johannes Pinneberg aus Berlin, 3. Zt. Siedlung Grünheide.

hängt! Das glauben Sie nun im Ernst. Ich habe ihnen erwidert, daß wenn sie alle Sozialdemokraten an die Latzengänge hängen würden, sie deshalb doch nicht heller sehen. Ich sollte nicht spößen, meinten sie. Der Gauweiler der Nazis sei schon in Harburg eingetroffen, um die Nacht zu übernehmen. Und wahrhaftig, dieser „Arbeiterführer“ bewohnte die ganze zweite Etage des feinsten und teuersten Hotels in Harburg...

Nacht! Dann ward mir ja für unfern Roggen das Geld kriegen, was wir haben möß. Und de SSL, de arbeits denn umfünft. De brukt mi nich Lohn belohn. Dann lemt mi aber... Sein Racht begrüßt meinen Verwandten: „Seht kommt bald Adolf — dann kriegt mi doppelten Lohn...“ Der Nachbar ist ein Kleinbauer, der Roggen kaufen muß. „Seht kommt bald Adolf an de Nacht... Da ward de Roggen billiger...“

Formen. Die alten Mäntel und Dolche der berühmten Räuberbanden sind zwar alle schon lange im Museum von Marseille, aber die Spröhlänge der „Dynastien“ leben und halten Maschinenpistolen modernster Konstruktion in der Hand. Ein solcher Nachkomme eines „bekannten Geschlechts“ war auch der Bandit Roqueur, berühmter Bandenführer, der unzählige Banküberfälle und große Raubüberfälle auf dem Gewissen hatte. Roqueur war es auch, über dessen Festnahme sich der Herr Polizeipräsident so sehr den Kopf zerbrach. Keine Falle war fest genug für den Banditen. Und „bist“ er einmal an, und die Polizei umstellte ihn, dann war leider Roqueur immer der erste, der den Revolver zog.

Roqueur schlug schneller! Es schlug schneller für die schöne Ulla Carbonel! So hängt man Banditen, dachte mir nach der Polizeipräsident. Hier war der schwache Punkt des Räuberkönigs. Schon am nächsten Tag war Ulla Carbonel zu einer Konferenz im Zimmer des Polizeipräsidenten eingeladen und, ach wie so trügerisch sind Frauenherzen, sie erklärte sich zum Verrat bereit. Der Verrat war hier eine Frage des Kostenpunktes und die Belohnung war so ansehnlich und Ulla träumte schon so lange von einem kleinen Haus und einem eigenen Garten...

Staats Theater
Dienstag, den 6. September
Staatsoper Unter den Linden
19 Uhr
Die Walküre
Staatliches Schauspielhaus
19 Uhr
(Neueinstudiert)
Was ihr wollt

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Haschen erl.
Das berühmte Dayelma-Ballett
Paul Beckers, 3 Swifts
18 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 18 1/2 Uhr
Lothringers Straße 37.
Berlin kann wieder lachen!
Annemarie
das kleine Tanzmäd
Volksoperette. — Musik von Gilbert
Vorher ein bunter Teil.
Preise 0,50 M., 0,75 M. und 1.— M.
Jeden Stg. nachm. 4 Uhr die ganze Vorstg. zu kl. Pr.

Allen unseren Freunden geben wir hiermit tieferschüttert bekannt, daß der erste Vorsitzende und Gründer unserer Gemeinschaft
Herr Staatssekretär i. e. R. Heinrich Schulz
nach langer, schwerer Krankheit unerwartet am Sonntag, dem 8. September, einem Herzleiden erlegen ist.
Der Vorstand **Der Arbeitsausschuß**
Prof. Aug. Kraus Rechtsanwalt und Notar Werda
2. Vorsitzender. Syndikus.

Gewinnauszug
5. Klasse 39. Preussisch-Sächsische Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste dieser Nummer in den beiden Abteilungen I und II
24. Ziehungstag 5. September 1932
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

SCALA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr
JACKSHEA
WILSON, KEPPEL
BETTY, YOGARE
LAI-FONG, GENIA
NIKOLAJEWA
TRIO DARESCO
etc.

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
(Dönhofsplatz)
Merker A. S. 1947. Dir. Meisel
Tägl. 8-18 Uhr, Sonntags
3-10 Uhr (ermäßigte Pr.)
Eröffnungsprogramm
mit der Barleske

Städt. Oper
Charlottenburg
Frauenhofer 6231
Turnus III
Dienstag, 6. Sept.
Neueinstudierung
Premiere
Siegfried
Anfang 19 Uhr
Bündnagel, Pistor, Holmann, Gombert, Kandl, Amerling, Berger
Dirigent: Siedry

Am Sonntag, dem 4. September, nachts 1 1/2 Uhr, erlitt er sanfter Tod meinen über alles geliebten Mann, unseren innigst geliebten Vater, unseren lieben Schwiegervater und Großvater
Heinrich Schulz
Matrik. Nr. 1000
von seinen Kämpfern und Leiden
Bin-Eichkamp, Königsberg 54
d. 4. September 1932
Male Schulz geb. Kuhn
Gertrud Schulz geb. Stahl
Agnes Schulz-Lichterfeld
St. Schulz-Macellia
Klaus Schulz
Walter Lichterfeld
Max Helein
und Enkelkinder.

8 Gewinne je 5000 M. 18117 101333 118058 227634
18 Gewinne je 3000 M. 56558 98533 196233 210035 212957 252078
281319 323753 387121
62 Gewinne je 2000 M. 2178 3318 40095 41435 55406 73747 77178
102956 114860 127798 181050 185162 212283 223351 237291 241255
248100 286117 280383 288015 295187 311217 326278 354585 370608
371248 378050 382941 383914 396447 399787
128 Gewinne je 1000 M. 3059 3071 17598 30229 30249 42888 54978
59272 60103 65809 65835 85520 106422 122882 129493 133345
137403 141940 141024 155167 167251 162709 168876 189912 179603
180327 191225 190415 200283 210436 218699 219788 228380 228588
230697 241797 252596 273977 275997 281595 292951 285696 286014
287392 295230 297921 307707 304712 316885 324304 325413 325285
328934 332059 337319 339615 342131 351722 353262 358034 375920
376356 384780 381949
190 Gewinne je 500 M. 2082 8350 20788 28017 28830 38533 47658
48998 49997 53831 58630 60589 61831 83029 81867 89692 90129
91814 106780 108997 114059 117052 118445 121320 125977 134917
142918 152550 158498 164829 164982 167740 168920 173429 179399
180583 185357 185613 186397 189206 196496 195760 198395 198199
200335 201861 203910 219224 215022 226710 238120 239811 240848
241993 242333 244589 255156 258041 258857 263181 263899 268515
269261 276858 279922 280824 285043 291413 303426 307025 314198
321398 323454 324834 327913 330005 338712 334035 341023 341625
342851 343381 345223 380974 381087 383900 387813 388295 373070
373458 374680 378552 381718 383495 387442

PLAZA
8 1/2 u. 11 1/2 Uhr
Der Hebe Augustin

Freibad Krumme Lanke
Neue Kräfte, Preise 0,50 bis 2,25 M.
Vorverkauf 11-2, 5-9 Uhr.

Deutsches Theater
Weidendamm 5201.
8 Uhr
Wunder um Verden
Dram. Dichtung von Hans Chlumberg
Regie: Karl Heinz Martin.
Kassenpreise von 0,50 M. bis 11,50 M.

Am 4. September verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser herzenguter Vater
Otto Kraatz
im 84. Lebensjahr
Berlin S 39, Gräberstr. 18
Im Namen der Hinterbliebenen:
Berta Kraatz und Kinder
Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 8. September, 17 Uhr, im Krematorium Baum-schulenweg statt.

2 Gewinne je 25000 M. 60293
4 Gewinne je 10000 M. 146815 255386
5 Gewinne je 5000 M. 54399 69483 220903 362414
10 Gewinne je 3000 M. 110387 113415 224897 343013 365433
38 Gewinne je 2000 M. 24527 30041 35962 43949 49274 82240
104091 112444 136469 172045 197963 199355 208006 319292 326704
350053 357156 357488
70 Gewinne je 1000 M. 10219 23698 30220 51582 58135 58113
73182 84541 119791 139775 154734 172044 206438 214182 215981
221700 233388 254027 254380 258471 262923 293442 298398 301347
304597 314276 326579 327087 330791 332002 356230 368513 376534
384963 388321
160 Gewinne je 500 M. 17892 19187 19582 20014 24699 28942
32091 43861 50863 56822 58940 68709 78139 95889 97392 105117
111368 117975 118602 126422 136281 138752 144950 147031 148185
149226 150926 153179 175642 176884 178217 179881 183205 184555
189889 206758 207907 212803 220484 221854 231145 240420 245579
248057 251120 254399 258123 263027 268910 272026 281931 282624
284731 289253 290830 295732 301654 309899 316058 318208 325769
326634 336732 342122 356663 359277 360244 363025 363273 373326
374321 376198 377813 382390 384214 386750 389251 392656 394359
395153

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Funktionäre Achtung!
Für den 2., 4., 5., 7., 10., 12., 16., 17., 20., 21., 24. und 25. Bezirk findet die
Vertrauensmänner - Konferenz
wie üblich statt.
Die **Bezirksmitglieder-Versammlungen**
finden am **Mittwoch, dem 7. September 1932,**
wie folgt statt:
1. Bezirk im Lokal Gallas, Weißensee, Lehderstraße 122, 16 Uhr.
2. Bezirk im Lokal Selpke, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 47, 17 Uhr.
3. Bezirk im Vereinshaus „Einigkeit“, Naukölln, Wipperstr. Ecke Kirch-holstraße, 17 Uhr.
8., 9., 10. und 11. Bezirk im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, Saal 1, 17 Uhr.
11. Bezirk im Lokal Gehrke, Schöneberg, Ebersstraße 66, 17 Uhr.
12. Bezirk in Ahlerts Feststätten, Charlottenburg, Berliner Str. 88, 19 1/2 Uhr.
14. Bezirk in den Arminius-Sälen, Bremer Straße 72/73, 16 1/2 Uhr.
15. Bezirk im Verbandshaus, Linienstr. 83/85, Sitzungssaal II, 19 Uhr.
18. und 19. Bezirk in den Schwedter Feststätten, Schwedter Str. 29, 19 Uhr.
23. Bezirk in den Germania-Sälen, Spandau, Stresowplatz, 16 1/2 Uhr.
Für den 16. und 17. Bezirk findet die Bezirksmitglieder-Versammlung am Freitag, dem 8. September, 18 Uhr, in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142, statt.
Die Konferenz des 22. Bezirks fällt am Mittwoch, dem 7. September aus, dafür findet am Donnerstag, dem 8. September, 19 1/2 Uhr, die Bezirksmitglieder-Versammlung im Lokal von O. Schulz, Köpenick, Bahnhofstraße 32, statt.
Tagesordnung in allen Mitglieder-Versammlungen:
„Bericht vom Verbandstag in Dortmund.“
Die Ortsverwaltung.

H. I. J. 273. 28.
Befanntmachung.
Der Schriftsteller Axel Kaufmann, Mitglied des Reichstages, ist durch Urteil des Schöffengerichts in Osnabrück vom 8. September 1931 wegen öffentlicher Beleidigung des Preussischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Braun, bestraft worden durch die Verlesung, zu einer Geldstrafe von 1000.— M., an deren Stelle im Falle der Unvollstreckung 20 Tage Gefängnis treten, beurteilt worden.
Berlin, den 29. August 1932.
Der Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht III.

Socialdemokratische Bezirksvereinsstellenaktion Kreuzberg
Am Sonntag, dem 4. September, verstarb nach längerem Erleiden unser lieber und teurer Genosse
Otto Kraatz
im 84. Lebensjahr
Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 8. September, 17 Uhr, im Krematorium Baum-schulenweg statt.

Verkäufe
Esperis, Salis, Kallit, Strake 9.
Radio
Reparaturen, neue, gebrauchte, billige Preise.
Kaufgesuche
Kaufgesuche, Silber, Gold, Schmuck, etc.
Ver-mietungen
Wohnungen, Zimmer, etc.
Unterricht
Schule, Kurse, etc.

Am Sonntag, dem 4. September d. J., verstarb nach schwerem Leiden im 84. Lebensjahr unser Freund und Kollege, der Angestellte unserer Ortsverwaltung
Otto Kraatz
Als Mann von Pflichtbewusstsein und lauterem Charakter hat er stets das Beste für seine Kollegen und seine Organisation hergegeben, und war er uns stets ein aufrichtiger Freund und Mitarbeiter.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet Donnerstag, 8. September, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Baum-schulenweg statt.
Rege Beteiligung erwartet
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin
Die Ortsverwaltung Die Angestellten